

Ordentlicher Landesparteitag
am 7. November 2015 in Kassel

HESSEN. ZUSAMMENHALTEN.

Beschlüsse

Beschlossene Anträge S. 3

Überweisungen S. 101

Wahlergebnisse S. 104



Impressum:

SPD-Landesverband Hessen, 05.12.2015

vertreten durch:

Nancy Faeser MdL, Generalsekretärin

Rheinstr. 22
65185 Wiesbaden

Tel./Fax.: (0611) 999 77 - 0 / - 11
Email: landesverband.hessen@spd.de
Internet: www.spd-hessen.de

Übersicht

1. Beschlüsse	5
Den humanitären Herausforderungen in Hessen gerecht werden – Menschlichkeit bewahren – Integration in Angriff nehmen.....	5
Fachkräfte aktiv integrieren / Kostenmodell für Anerkennungsprozess weiterentwickeln	13
Let's talk about Islam - with muslims!	15
Sicherheitsfirmen für Asylbewerberunterkünfte	16
Vorsorgende Kommunen brauchen stabile Finanzen – das Ausbluten der Kommunen durch Schwarz-Grün beenden.....	17
Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und Städte in Hessen.....	22
Steigerung der Wahlbeteiligung bei Direktwahlen	23
Die digitale Gesellschaft gestalten	24
Programm gegen staatliche und private Überwachung	39
Big Brother is watching you ... bei der PKW-Maut.....	40
Aufbau einer digitalen Infrastruktur	41
Verankerung der Studiengebührenfreiheit in der Hessischen Verfassung	42
BAföG-Reform endlich anpacken!	43
Der „Pakt für den Nachmittag“ ist eine Mogelpackung	45
Antragsbereich D/ Antrag 6	46
Resolution: Echte Wahlfreiheit durch individuelle Wege statt Zersplitterung des Schulsystems	46
Antragsbereich D/ Antrag 8.....	48
Einführung einer Bildungsberichterstattung durch das Bundesland Hessen.....	48
Finanzierung von Schulsozialarbeit	49
Flächendeckendes Angebot des Faches Religion für muslimische Schüler*innen in deutscher Sprache	50
Dezentrale Energiewende	51
SuedLink-Trasse	53
Perspektiven für den Flughafen Frankfurt und die Region	55
LKW-Maut auch für Fernbusse.....	60
Kostenlose ÖPNV-Angebote	61
Nur dauerhaft und deutlich steigende Löhne in Deutschland können den Euro retten	62
Die neue ÖPP/PPP-Privatisierungsoffensive beenden!	63

Duale Ausbildung attraktiver gestalten	64
Dosenpfand für alle Getränkedosen und Flaschen	69
Rechte von Menschen mit Behinderung brauchen mehr politische Aufmerksamkeit und Teilhabe – der Umgang mit behinderten Menschen muss selbstverständlicher werden!..	70
Miteinander Homophobie, Transphobie und Diskriminierung bekämpfen.....	72
Vergessene Konten für soziale Projekte mobilisieren	73
Aufwertung von Familienzentren in Hessen	74
Vollständige Übernahme der Kosten für die Unterkunft und Heizung für Leistungsempfänger nach dem SGB II durch den Bund.....	75
Impfpflicht einführen	76
Keine Chance für Fat Shaming - Es den Dicken leichter machen	77
Hessen braucht mehr Wohnungen – für untere und mittlere Einkommen und für Flüchtlinge.....	78
Zweitwohnsitzsteuer für Schüler, Auszubildende und Studierende abschaffen.....	79
Alle Rassisten sind Arschlöcher! Überall.....	80
Keine Verschiebung des Problembären Irmer - Wir fordern endgültigen Rücktritt von Hans Jürgen Irmer in allen Gremien.....	83
Aussteigerprogramm für Salafisten und religiöse Extremisten analog zu Aussteigerprogrammen für Rechtsextremisten	84
Grüne Zeiten ändern sich - SPD Hessen lehnt Gesetzesentwurf zum Schutzparagrafen §112 ab!	85
Einbeziehung des Deutschen Bundestages in die Sitzungen des Bundessicherheitsrats....	86
Aufhebung des Tanzverbotes an Feiertagen in Hessen in geschlossenen Räumen	87
Resolution: Kultur für alle – Plädoyer für einen neuen Aufbruch	88
Kastrationspflicht für Katzen und Kater	92
Keine deutschen Waffen nach Mexiko	93
Einsatz von DE, EU und NATO – Keine Soldaten in der Ukraine!	94
Gerechtigkeit macht stark: Grundsatzprogramm 2020	95
Nein zu Pegida!	97
Keine Zusammenarbeit mit der AfD!	98
Bürgerliche Mitte im Wandel	99
2. Überweisungen	100
3. Wahlergebnisse.....	103

1. Beschlüsse

Antragsbereich A/ Antrag 1

Landesvorstand

Den humanitären Herausforderungen in Hessen gerecht werden – Menschlichkeit bewahren – Integration in Angriff nehmen

Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2014 waren knapp 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, im Jahr zuvor 51,2 Millionen Menschen, vor zehn Jahren 37,5 Millionen Menschen. Der langjährige brutale Krieg in Syrien hat Millionen von Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Aber auch aus vielen anderen Ländern flüchten die Menschen vor Verfolgung, Krieg, Umweltkatastrophen und Not. Besonders dramatisch ist die Situation für Flüchtlingskinder. 50 Prozent der 51,2 Millionen Menschen, die sich auf der Flucht befinden, sind jünger als 18 Jahre. Darunter sind viele Kinder, die ohne ihre Eltern vor Krieg und Gewalt flüchten müssen, etwa weil ihre Familien zerrissen oder Angehörige verstorben sind. Die meisten Menschen fliehen in benachbarte Regionen. Zu den weltweit größten aufnehmenden Staaten gehören die Türkei, der Libanon, Pakistan und Äthiopien.

Europa steht in diesen Tagen vor einer großen Bewährungsprobe. Die humanitäre Katastrophe in Syrien und anderen Staaten des Nahen Ostens sowie in vielen Ländern Afrikas erreicht in zunehmendem Maße und tagtäglich die Länder Mitteleuropas. Die allererste Pflicht aller Staaten, aller staatlichen Ebenen und aller gesellschaftlichen Kräfte ist jetzt, diesen Menschen zu helfen, sie unterzubringen, zu ernähren, zu kleiden, medizinisch zu versorgen. Die besondere Fürsorge muss dabei den besonders schutzbedürftigen Frauen und Kindern gelten. Die Menschen, die nach einem langen und gefährlichen Fluchtweg jetzt auch in Mitteleuropa eintreffen, sind in der weit überwiegenden Zahl Opfer von Krieg, Vertreibung, Folter und Mord, politischem und religiösem Hass. Von ihrer großen Not profitieren Schlepper und andere kriminelle Banden, die Geflüchteten sind ihnen in vielen Fällen schutzlos ausgeliefert. Viele Flüchtende erreichen ihr Ziel nicht. Etliche Männer, Frauen und Kinder kommen auf dem Fluchtweg ums Leben.

Unbestritten stellt die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung einer wachsenden Zahl von Vertriebenen und Flüchtlingen eine große Herausforderung für ganz Europa dar. Während einige europäische Länder – unter ihnen Deutschland – die Herausforderungen nunmehr annehmen und Menschlichkeit zeigen, bauen andere unüberwindbare Zäune, bekämpfen die Geflohenen mit Tränengas und Wasserwerfern oder kündigen z. B. an, nur christliche Flüchtlinge aufnehmen zu wollen.

Europa muss aber in seiner Gesamtheit seiner Verantwortung und seiner Rolle als Hort der Menschenrechte und als Friedensmacht gerecht werden. Die Idee eines solchen Europas der Menschenrechte und des Friedens droht zu scheitern, ein solidarisches, einheitliches Vorgehen, das sich an diesen Werten orientiert, ist nicht erkennbar. Solange sich die Flüchtlingsdramen weit weg auf Lampedusa abspielten, konnten die Regierungen in Mitteleuropa wegsehen. Nun hat sich die Krise auch bei uns zuge-spitzt, „Lampedusa“ ist in Zentraleuropa angekommen. Das sogenannte „Dublin“-Verfahren hat sich als humanitär unhaltbar und als praktisch untauglich erwiesen, und ist vollends gescheitert. Europa ist aber zum Handeln gezwungen, wenn es seine Ziele nicht aufgeben will.

Die SPD Hessen nimmt deshalb wie folgt Stellung:

1. Die hessische SPD stellt fest, dass es Verpflichtung und Aufgabe aller staatlichen Ebenen ist, den geflüchteten Menschen in Not zu helfen und ihnen bestmöglichen Schutz, Unterkunft und Versorgung zu garantieren. Die SPD begrüßt das große ehrenamtliche Engagement, das viele Bürgerinnen und Bürger in diesen Tagen zeigen. Auch hauptamtliche Kräfte in den Verwaltungen, in den Unterkünften, bei der Polizei, der Feuerwehr, THW, dem Katastrophenschutz oder anderen beteiligten Stellen arbeiten zum Teil „Rund-um-die-Uhr“ und mit großem Einsatz. Sowohl den ehrenamtlichen als auch den hauptamtlichen Kräften gebührt Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit. Die gemeinsamen Anstrengungen von staatlichen und nicht-staatlichen Stellen zeigen, dass und unter welchen Bedingungen Deutschland der großen Herausforderung, eine Vielzahl von geflüchteten Menschen anständig unterzubringen, gerecht werden kann.
2. Die hessische SPD verurteilt die leider immer wieder vorkommenden Hass- und Gewaltaktionen Rechtsextremer gegen Flüchtlingsunterkünfte oder geflüchtete Menschen. Das kann weder in Hessen noch anderswo geduldet werden, dagegen müssen die Strafverfolgungsbehörden mit aller Konsequenz vorgehen.
3. Die hessische SPD ist sich bewusst, dass manche Bürgerinnen und Bürger eine Überforderung unseres Gemeinwesens befürchten. Wir sind aber der Auffassung, dass es einem wohlhabenden und gut organisierten Staat wie Deutschland gelingen wird, die derzeit zu uns kommenden Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen und aus der Herausforderung eine Chance zu machen. Auch wenn ein großer Teil dieser Menschen auf Dauer bei uns bleibt und nur ein kleinerer Teil in die Heimat zurückkehrt oder in andere Länder weiterzieht, wird unsere Gesellschaft damit nicht überfordert werden.
4. Damit aber aus der Herausforderung eine Chance wird, damit unser Gemeinwesen, auch in Hinblick auf den demografischen Wandel, von der Zuwanderung profitieren kann, müssen jetzt schon alle Anstrengungen zur Integration dieser Menschen unternommen werden. Dazu gehören vor allem Förderung des Spracherwerbs, Feststellung oder Erwerb von Qualifikation, Eingliederung in das Bildungswesen und den Arbeitsmarkt und Versorgung mit Wohnraum.

Dazu wird eine Aufstockung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gefordert.

5. Ein besonderes Augenmerk muss nach Ansicht der hessischen SPD den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gelten. Es ist dringend notwendig, in Hessen weitere Clearing-Stellen (neben Frankfurt am Main und Gießen) einzurichten, um die große Zahl von alleine ankommenden Jugendlichen oder Kindern schnellstmöglich gut betreuen zu können. Darüber hinaus müssen dringend zusätzliche Kapazitäten für die dauerhafte Unterbringung, medizinische und psychotherapeutische Versorgung, Bildung und Ausbildung geschaffen werden. Zur Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen muss gesetzlich klar geregelt werden, dass junge Flüchtlinge nicht mit 18 Jahren die Schule verlassen müssen. Ihnen muss der Schulbesuch auch darüber hinaus möglich sein, damit sie die notwendigen Qualifikationen erwerben können. Die SPD spricht sich dafür aus, sich in Bezug auf das Höchstalter an den entsprechenden Regelungen des SGB VIII zu orientieren.
6. Die Versorgung und Unterbringung der großen Zahl geflüchteter Menschen erfordert unbestritten erhebliche zusätzliche Finanzmittel. Ziel muss es nach Auffassung der hessischen SPD sein, die Kommunen als operative Ebene dauerhaft von eigenen Finanzleistungen zu entlasten. Der Bund muss daher mit erheblichen und dauerhaft fließenden Mitteln in die Flüchtlingsunterbringung und –versorgung einsteigen. Er ist außerdem in der Pflicht, sich ebenfalls dauerhaft an den Kosten der Integration zu beteiligen. Daher ist es erforderlich, dass sich Bund und Länder auf eine weitere anteilige Kostenübernahme einigen. Die bereits angekündigten Finanzmittel, die der Bund aufwenden will, reichen nach Ansicht der hessischen SPD nicht aus.
7. Die aktuellen Entwicklungen der letzten Tage haben rasches Handeln der verantwortlichen Stellen notwendig gemacht, was zum Teil auch unkoordinierte und fehlerhafte Vorgehensweisen zur Folge hatte. Dies kann den verantwortlich Handelnden nicht oder nur sehr bedingt zum Vorwurf gemacht werden. Dennoch müssen diese Mängel benannt und abgestellt werden, damit es nicht zu dauerhaften Fehlentwicklungen und zusätzlichen Belastungen kommt. Gerade ehrenamtliches Engagement darf nicht durch vermeidbare Fehler bzw. durch Kompetenzgerangel oder schlecht abgestimmtes Handeln der zuständigen Behörden belastet werden.
8. Um die derzeit anstehenden Herausforderungen zu meistern, müssen alle politisch Verantwortlichen ihre dringlichsten Aufgaben mit Professionalität und Entschlossenheit angehen. Dazu gehören nach Auffassung der hessischen SPD vordringlich neben den bereits genannten Punkten
 - a) für die europäische Ebene
 - eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen unter den Ländern der Europäischen Union. Diese Verteilung muss sich an Bevölkerungszahl, Arbeitsmarkt und Wirtschaftskraft orientieren.

- ein einheitliches Vorgehen an den EU-Außengrenzen, das isoliertes Abschotten gegenüber geflüchteten Menschen nicht zulässt.
- das Schaffen sicherer Einreisewege, um die lebensgefährlichen und illegalen Fluchtwege zu reduzieren,
- die Fortsetzung und deutliche Verstärkung der humanitären Hilfen für Flüchtlingslager in den Nachbarländern der Krisenstaaten, um die dortige Lage nicht noch weiter zu verschärfen.
- eine Verstärkung des EU-Engagements zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den hauptsächlichen Herkunftsländern.
- eine wirksame Bekämpfung der Schleuserkriminalität.
- die Einrichtung einer dauerhaften, gemeinschaftlich finanzierten, humanitären Seenotrettung.

b) für die Bundesebene

- die Bewahrung des Asylrechts auf dem derzeitigen Stand für Menschen, die aus politischen, religiösen, ethnischen oder geschlechtsspezifischen Gründen verfolgt werden. Dieser verfassungs-, europa- und völkerrechtlichen Verpflichtung kommt Deutschland uneingeschränkt nach. Der Schutz vor Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen hat stets frei von Nützlichkeitsabwägungen zu bleiben.
- die Anpassung des sog. Flughafenverfahrens an die neuen Regelungen zu den Registrierungszentren.
- die Schaffung eines sicheren Schutzstatus und eines Bleiberechts für Menschen, die vor Krieg und Bürgerkrieg aus bestimmten Staaten fliehen. Mit der Herausnahme dieser Menschen aus dem Asylverfahren wäre aber unbürokratisch geholfen und es wäre eine enorme Entlastung der Verwaltung und der Erstaufnahmekapazitäten damit verbunden.
- Wir gehen davon aus, dass eine Ausweisung von sicheren Herkunftsländern weiterhin eine Überprüfung der individuellen Flüchtlingseigenschaften nicht ersetzt.
- die zügige Schaffung einer Zuwanderungsmöglichkeit für Arbeitssuchende im Vorgriff auf eine umfassende Neuregelung im Rahmen eines Einwanderungsgesetzes. Die derzeitige Situation führt dazu, dass einer beträchtlichen Zahl von Menschen die Alternative zum Asylverfahren fehlt. Eine solche Alternative sollte daher in beiderseitigem Interesse geschaffen werden. Die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns ist in jedem Fall zu gewährleisten.

- die Verwaltungsverfahren ordentlich und zügig durchzuführen. Dabei sind die Asylverfahren durch das BAMF zwingend schneller abzuschließen. Eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer von 6 bis 7 Monaten, teilweise bis zu 1 1/2 Jahren, ist deutlich zu lang. Nicht nur die laufende Zahl der Asylanträge, auch der erhebliche Rückstau unbeschiedener Verfahren von mittlerweile rd. 250.000 muss zügig abgebaut werden. Die bereits für 2015 bewilligten Stellen als auch die weiteren Stellen für 2016 sind unverzüglich zu besetzen. Die gegenwärtige erhebliche Wartezeit belastet dabei nicht nur diejenigen Asylsuchenden, die dauerhaft eine Perspektive bei uns bekommen und schnell am Leben teilhaben können, sondern auch diejenigen, die keine Chance auf ein Bleiben haben. Eine Verkürzung der zu langen Asylverfahren würde auch die Kommunen finanziell und organisatorisch entlasten.
 - eine dauerhafte und ausreichende Beteiligung an der Finanzierung der Unterbringung von Flüchtlingen sowie an den Integrationserfordernissen.
 - die Öffnung der Integrationskurse auch für Asylsuchende und Geduldete sowie die Bereitstellung der finanziellen Mittel hierfür, da Sprache das Fundament für eine gute Integration darstellt und nicht erst nach Abschluss des oft langwierigen Asylverfahrens vermittelt werden darf.
 - das noch frühzeitigere und zielgerichtetere Unterstützen von Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsmarktintegration, u.a. die verbesserte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Die von der SPD Hessen geforderte umfassende Ausbildungs- und Qualifizierungsgarantie für alle jungen Menschen muss auch auf die jetzt zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen Anwendung finden.
 - Ein deutlicher Fortschritt ist die Möglichkeit zur Ausgabe von Gesundheitskarten. Das verbessert die Gesundheitsvorsorge der Geflüchteten und reduziert Bürokratie. Flüchtlinge sind keine Menschen zweiter Klasse und haben einen Anspruch auf Zugang zu Daseinsvorsorge.
- c) Das Land Hessen ist in der Pflicht,
- die Erstaufnahme zu gewährleisten. Volker Bouffier wird aufgefordert, die Unterbringung von Flüchtlingen endlich zur Chefsache zu machen. Die mangelnde Koordination der Zuständigkeiten führt zu Chaos. Dieses hat die kommunale Ebene derzeit zusätzlich zu den bestehenden Herausforderungen auszugleichen. Die Erstaufnahme muss in festen Quartieren erfolgen, eine Unterbringung in Zelten gerade im Winter, ist nicht hinnehmbar. Auch im Rahmen der Erstaufnahme sind Mindeststandards zu gewährleisten. Dazu gehört auch eine angemessene sozialarbeiterische, medizinische und psychologische Betreuung. Frauen und Kinder bedürfen umfassender

der und besonderer Schutzmaßnahmen. Wir halten für Hessen an den verfassungsrechtlich gebotenen Geldleistungen für Flüchtlinge im bisherigen Umfang fest.

- die Standorte der hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen bzw. deren Außenstellen auf ganz Hessen zu verteilen. Die Prüfung von 80 Standorten in Hessen, die nach Angaben des Landes seit längerem läuft, muss daher dringend forciert und zu Ende gebracht und die als geeignet befundenen Liegenschaften müssen unverzüglich genutzt werden.
- die Kommunen mit Erstaufnahmeeinrichtungen in größerem Umfang als bisher zu unterstützen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Infrastruktur und Sicherheit.
- den Kommunen für die dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen endlich auskömmliche Pauschalen zu zahlen. Durch die hohe Zahl von geflüchteten Menschen, die die hessischen Kommunen zu versorgen haben, wachsen ihre Defizite weiter an, weil das Land sich seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Zahlung entzieht.
- zwingend die Kosten für alle Flüchtlinge zu erstatten und zwar unabhängig von ihrer Aufenthaltsdauer (Wegfall der Zweijahres-Bindefrist) und auch für Folgeantragssteller. Die Gesundheitskosten sind vollständig auszugleichen.
- es den Kommunen zu ermöglichen, Mehrausgaben für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu tätigen, ohne dass diese in den kommunalen Haushalten an anderer Stelle kompensiert werden müssen.
- dafür zu sorgen, dass die erhöhten Aufwendungen bei Schutzschirm-Kommunen nicht zu Konsequenzen bei einer Abweichung vom Rechnungsergebnis führen. Unter der derzeit noch völlig unzureichenden finanziellen Ausstattung ist die Einhaltung des so genannten Konsolidierungspfades nicht möglich. Der Konsolidierungserlass des Landes, d.h. der Zwang des Haushaltsausgleiches bis 2017, ist angesichts der außerordentlichen Herausforderung auszusetzen.
- ein landesweites Sofort-Programm zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums in bedarfsdeckendem Umfang aufzulegen. Entsprechende Bundesmittel dürfen von der Landesregierung nicht zweckentfremdet werden und müssen von Landesseite aufgestockt werden.
- über die Zuweisungen von Flüchtlingen auch in Notsituationen zügig, umfassend und verlässlich zu informieren.
- eigene Beratungsangebote für Asylbewerber, die aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgt wurden, zu schaffen. Alle zuständigen Behörden sollten in diesen Fragen sensibilisiert werden.

- die Bildungsanstrengungen für schulpflichtige Flüchtlingskinder deutlich zu verstärken. So ist bspw. die Anzahl der sog. „InteA-Klassen“ (Landesprogramm Integration und Abschluss) entsprechend des Bedarfs deutlich zu erhöhen. Bisher gilt, dass das Recht auf Besuch einer Berufsschule für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildungsplatz spätestens mit dem Schuljahr, in dem die Schüler 18 Jahre alt werden, endet. Die hessische SPD fordert, dass diese Grenze auf 27 Jahre angehoben wird, damit insbesondere Flüchtlinge und Einwanderer nicht mehr an den Berufsschulen abgewiesen werden müssen und an Bildungsprogrammen, wie InteA, teilnehmen können.
- diejenigen, die kein Bleiberecht nach der Flüchtlingskonvention haben, zügig zurückzuführen. Dabei sind strengste humanitäre Anforderungen zu beachten.

d) Die kommunale Ebene

- Die Herausforderungen für die Kommunen sind besonders groß. Trotz erheblicher Belastungen leisten sie eine hervorragende Arbeit bei der Unterbringung und Betreuung der zu uns kommenden Flüchtlinge. Sie sichern die praktische Umsetzung der Unterbringung und Integration vor Ort und koordinieren und organisieren das ehrenamtliche Engagement, das für eine umfassende Betreuung der geflüchteten Menschen unerlässlich ist. Dabei brauchen sie die tatkräftige Unterstützung von Bund und Land, vor allem in finanzieller Hinsicht. Kostendeckende Pauschalen sind dazu unerlässlich.

Die genannten Maßnahmen sind für eine integrative Flüchtlingspolitik unerlässlich. Dafür brauchen wir die Anstrengungen aller politischen Ebenen – von Europa bis in die Kommunen. Bei allen Entscheidungen ist darauf zu achten, dass keine Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden, sei es am Arbeits- oder Wohnungsmarkt oder im Bildungsbereich. Nur so werden wir den sozialen Zusammenhalt in unserem Land und eine solidarische europäische Politik zum Schutz der flüchtenden Menschen sicherstellen können. Die Flüchtlinge suchen Freiheit und Sicherheit und hoffen auf Solidarität und Gerechtigkeit. Wir müssen zeigen, dass die Politik unseren Grundwerten gerecht wird.

Insgesamt muss die SPD dem Versuch der Konservativen stärker entgegentreten mit dem Flüchtlingsthema die Gesellschaft zu spalten. Viele Menschen aus niedrigen und mittleren Einkommensgruppen, die die Lebenserfahrung gemacht haben, dass sie Hauptlast staatlicher Ausgabenpolitik tragen müssen, haben Abstiegsängste. Während die Unionsparteien diesen Konflikt jedoch durch Sozialkürzungen auf dem Rücken der Schwächsten lösen wollen, muss

die Antwort der SPD mehr Verteilungsgerechtigkeit sein. Der wahre Interessenkonflikt liegt zwischen Menschen, die Reichtum haben und solchen, die keinen Reichtum haben. Die Ausgaben der Flüchtlingspolitik werden sich daher nur sozial gerecht verteilen lassen, wenn sich Reiche mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von mehr als 250.000 EUR stärker an der Staatsfinanzierung beteiligen.

Fachkräfte aktiv integrieren / Kostenmodell für Anerkennungsprozess weiterentwickeln

Die Hessische Landesregierung muss auf dem Verordnungsweg den Prozess zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Anbetracht des drohenden Fachkräftemangels weiterentwickeln. Um Fachkräfte erfolgreich zu gewinnen ist u. a. eine Neuordnung der Kostenmodelle wie folgt notwendig:

1. Die Kosten für den Anerkennungsprozess sind grundsätzlich weiterhin vom Antragsteller zu tragen. Ist der Antragsteller in Folge seiner wirtschaftlichen Situation nicht in der Lage, die Kosten für die Anerkennung seines Berufsabschlusses zu übernehmen, werden die Kosten durch die Gemeinschaft getragen.
2. Durch die staatseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau sollen spezielle Bildungskredite entwickelt werden, um ausländischen Fachkräften die finanziellen Möglichkeiten zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen zu geben, die für eine Anerkennung ihres Abschlusses notwendig sind.
3. Teilnehmern von Weiterbildungsmaßnahmen ist die Möglichkeit zur Beantragung einer finanziellen Unterstützung in Form des Bafög-Modells unabhängig ihres Aufenthaltsstatus zu gewährleisten. Die Regelungen zur Einkommenssituation des Antragstellers können analog des Bafög-Modells gelten.

Neben der Frage finanzieller Aspekte ist auf die für diesen Prozess notwendige Beratung ein besonderes Augenmerk zu legen. In der Praxis zeigen sich im Rahmen der Zuständigkeiten mannigfaltige Schwierigkeiten, die es zu beheben gilt.

1. Ein Nebeneinander von verschiedenen Zuständigkeiten darf es nicht geben. Die Verantwortung für die Organisationen der Beratungen soll beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration gebündelt werden.
2. Das Ministerium für Soziales und Integration stellt in einer regelmäßig zu aktualisierenden Bedarfsermittlung sicher, dass ausreichend Beratungsstellen zur Verfügung stehen. Auf die interkulturelle Kompetenz der Beratungsstellen ist dabei besonderes zu achten. Das Ministerium überträgt die Aufgaben dafür auf geeignete Träger.
3. Kammern und freien Trägern sind dabei gleichermaßen Möglichkeiten zu geben, Beratungsangebote anzubieten.

4. Arbeitsagenturen und Ausländerbehörden sollen auf die Möglichkeit der Anerkennung hinweisen und Hilfestellung zur Vorbereitung des Prozesses aktiv anbieten.

Antragsbereich A/ Antrag 16

Juso-Landeskonferenz Hessen

Empfänger:

SPD-Bundesparteitag

Let's talk about Islam - with muslims!

Die SPD im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung möge an einem angemessenen und vorurteilsfreien Islamverständnis arbeiten.“

Sie muss sich islamfeindlichen Vorurteilen entgegenstellen. Sie muss sich gegen die Diskriminierung der muslimischen Minderheit hierzulande einsetzen.

Hierzu fordern wir:

- Zusammen mit muslimischen Verbänden für Aufklärung sorgen. Zum einen mit einer großangelegten Kampagne gegen Islamophobie. Insbesondere muss hierbei eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus erlangt werden. Darüber hinaus muss sie deutlich machen, dass die muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger hier in Deutschland willkommen sind. Zum anderen muss aber auch verstärkt gegen die Radikalisierung von jungen Muslimen, verursacht durch eine falsche Betrachtung des Islams, vorgegangen werden.
- Innerhalb der SPD Wissen über Islamfeindlichkeit zu erlangen. So werden unsere Genossinnen und Genossen auf antimuslimische Gruppierungen und ihre Vorurteile aufmerksam und dafür sensibilisiert, um Argumente dagegen zu erarbeiten. Sie können dadurch ein Sprachrohr für Opfer islamfeindlicher Parolen werden.
- An der Entwicklung und Förderung eines Instituts, das sich auf dem Gebiet der Islamfeindlichkeitsforschung spezialisiert, zu arbeiten. In Deutschland gibt es bisher kein einziges Institut dafür.
- Islamfeindliche Straftaten gesondert zu erfassen. Wir fordern hierfür eine Einrichtung von eigenständigen und spezialisierten Fachabteilungen in den Verwaltungen der Länder, um antimuslimische Tatbestände erfassen und beobachten zu können.

Antragsbereich A/ Antrag 17

AG Migration und Vielfalt Hessen-Süd

Sicherheitsfirmen für Asylbewerberunterkünfte

Der Parteitag setzt sich dafür ein, dass zumindest künftig bei privaten Sicherheitsfirmen für die Beaufsichtigung von Asylbewerberunterkünften auf das polizeiliche Führungszeugnis der Mitarbeiter der auszuwählenden jeweiligen privaten oder nicht privaten Sicherheitsfirma ein besonderes Augenmerk gelegt wird.

Vorsorgende Kommunen brauchen stabile Finanzen – das Ausbluten der Kommunen durch Schwarz-Grün beenden

Die hessische SPD hat am 7. Februar 2015 in Friedewald umfangreiche Leitlinien für sozialdemokratisches Handeln auf kommunaler Ebene beschlossen. Ausgehend von dieser breiten inhaltlichen Grundlage und den Entscheidungen der Landesregierung nimmt der Landesparteitag am 07. November zur Situation der Kommunen Stellung.

I. Unser Leitbild: Die vorsorgende Kommune

Unsere Kommunen sind Wohnort, Arbeitsplatz, Lebensmittelpunkt und Heimat zugleich. Aus sozialdemokratischer Sicht sind sie vor allem Gemeinschaft. Das ist der Grund, weshalb die vielen ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der SPD vor Ort für eine starke und zukunftsfähige – für eine vorsorgende – Kommune eintreten und streiten.

Die SPD steht für Landkreise, Städte und Gemeinden,

- in denen alle Bürgerinnen und Bürger ihre Persönlichkeit in freier Selbstbestimmung entfalten können;
- in denen alle Menschen, gleich ihrer Herkunft, ihres Alters, ihres Geschlechts oder Einkommens, am sozialen und kulturellen Leben teilhaben;
- in denen die einzelnen Menschen und die sozialen sowie kulturellen Gruppen gleichberechtigt und deswegen friedlich und solidarisch zusammenleben;
- in denen allen Bürgerinnen und Bürgern attraktive Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten, ein vielfältiges kulturelles Leben und ein lebenswertes Umfeld geboten werden;
- den Zugang zu öffentlichen Gütern und den Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge für jede und jeden offensteht;
- die den umfassenden Aufgaben bei der schnellen und erfolgreichen Integration von Zugewanderten in unser Gemeinwesen gerecht werden;
- in denen die Bürgerinnen und Bürger ihr Gemeinwesen auch zwischen den Wahlterminen durch Mitspracherechte und direkte Demokratie aktiv mitgestalten.

II. Die Aufgaben der vorsorgenden Kommune

Aus diesen Anforderungen ergeben sich zentrale Handlungsfelder für eine vorsorgende sozialdemokratische Kommunalpolitik. Sie werden von ehren- wie hauptamtlichen SPD-Kommunalpolitikerinnen und –politikern der SPD in ganz Hessen tagtäglich unter großem Einsatz mit Leben gefüllt.

Vorsorgende Kommunen:

- Sind Schulträger für leistungsstarke Schulen die kein Kind zurück lassen und alle Talente bestmöglich fördern;
- halten gute Kitas mit flexiblen Öffnungszeiten vor, in denen Kinder Bildung, Förderung, Geborgenheit und Zuwendung erfahren und in denen Sport, Spiel und Bewegung angeregt werden;
- betreiben eine aktive kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die Handwerk, Mittelstand und Betriebsgründungen fördert, nachholende Berufsausbildung garantiert und Benachteiligte und Menschen mit Behinderung bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt und den Arbeitsmarkt auf die weitere Digitalisierung vorbereitet;
- können in ausreichendem Maße lebenswerten Wohnraum auch für Mittel- und Geringverdiener, Familien und Studierende schaffen;
- machen eine aufsuchende Familienpolitik, die Eltern bei drohenden Problemlagen rechtzeitig berät und tatkräftig unterstützt und Alleinerziehenden hilft;
- sorgen für Sicherheit und Ordnung durch Prävention und Präsenz gleichermaßen;
- bieten ihren Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für Auto, Fahrrad, Bus und Bahn;
- unterstützen eine Kulturpolitik, die Kommunikation zwischen den Menschen anregt und Identität stiftet;
- können Sport und Ehrenamt mit Beratung, Service und einer guten Infrastruktur zur Seite stehen;
- sind in der Lage, umfassende Maßnahmen für die schnelle und nachhaltige Integration vorzuhalten, vom Deutschkurs über das interkulturelle Lernen bis zur Berufsqualifizierung, und dabei auf etwaige Probleme frühzeitig zu reagieren.

All diese und etliche weitere Aufgaben sind unverzichtbare Zukunftsinvestitionen, wollen wir weiter in einer funktionierenden Gesellschaft leben. Die Sicherstellung dieser Zukunftsinvestitionen ist aus sozialdemokratischer Sicht deshalb Pflichtaufgabe der Kommunen. Die Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung aller hessischen Kommunen für diese Zwecke ist die Pflichtaufgabe der hessischen Landesregierung.

III. Das Ausbluten der Kommunen durch Schwarz-Grün beenden

Zukunftsinvestitionen kosten Geld, das gilt auch für die vorsorgende Kommune. Unterfinanzierte Kommunen, die wichtige Zukunftsinvestitionen unterlassen müssen, sind jedoch langfristig sehr viel teurer für die Gesellschaft. Die hessischen Kommunen müssen wieder die notwendigen Finanzmittel erhalten, um ihre Aufgabe ausfüllen zu können – ein Ende der kommunalfeindlichen Politik durch die schwarz-grüne Landesregierung ist für eine aktive und vorsorgende Politik unerlässlich.

Nach zwei Jahren schwarz-grüner Politik ist jedoch die Finanzlage der Kommunen in Hessen weiterhin desolat. Neuste Zahlen belegen, dass die Landesregierung entgegen ihren Beteuerungen das Ausbluten der Kommunen fortsetzt. Hessens Kommunen haben bundesweit mit 3.103 Euro die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung und das zweithöchste jahresbezogene Finanzierungsdefizit (438 Millionen Euro). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen 2014 die Gesamtschulden der hessischen Kommunen um vier Prozent von 18,1 auf 18,8 Milliarden Euro. Damit wurde nach kurzzeitigem Rückgang im Jahr 2013 ein neuer Höchststand erreicht.

Die Finanzlage der Städte in Hessen bleibt prekär: 74 Prozent der Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern haben 2014 mit einem Haushaltsdefizit abgeschlossen.

Eine Studie zeigt, dass zur Bewältigung ihrer Finanzprobleme 83 Prozent der hessischen Kommunen sich gezwungen sehen, Steuern oder Gebühren weiter zu erhöhen. 48 Prozent der hessischen Kommunen (bundesweit 32 Prozent) sehen sich 2015/2016 zum Abbau von Leistungen in der Jugendbetreuung oder der Seniorenarbeit gezwungen.

Die hessischen Kommunen sahen sich schon in den vergangenen Jahren wegen ihrer mangelhaften Finanzausstattung von der Landesregierung zu einer deutlichen Erhöhung der kommunalen Steuern und Abgaben genötigt und haben zudem ihre Investitionstätigkeit verringert. Zwei Zahlen verdeutlichen, in welcher verzweifelter Lage viele hessische Kommunen sind und was das für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet: Die hessischen Bürgerinnen und Bürger haben infolge der Erhöhung kommunaler Steuern und Gebühren durch die Aufsichtspolitik der Landesregierung pro Jahr 370 Millionen Euro mehr zu zahlen haben als vor vier Jahren. Gleichzeitig mussten von 2010 bis 2014 die kommunalen Investitionen in Hessen um 750 Millionen Euro abgesenkt werden.

Die Politik der Hessischen Landesregierung hat Landkreise, Städte und Gemeinden immer weiter an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht. Handlungsspielräume werden eingeschränkt, Aufgaben der Daseinsvorsorge können nicht mehr erfüllt werden. Trotz gesunkener Arbeitslosigkeit und einer guten Steuereinnahmehasis durch eine positive Wirtschaftsentwicklung hat sich die finanzielle Handlungsfähigkeit in den Kommunen in Hessen strukturell nicht verbessert.

Das von schwarz-grün in Hessen auf den Weg gebrachte „Kommunale Investitionsprogramm“ (KIP) bietet keinen Ersatz für eine solide und angemessene, bedarfsorientierte Finanzierung der hessischen Kommunen. Die Kommunen werden mehr tilgen

als das Land. Das Programm ist Ausdruck des schlechten Gewissens der Landesregierung und der sie tragenden Parteien. Im Gegensatz zum entsprechenden Bundesprogramm, das ein Zuschussprogramm ist, sind die drei Landesprogramme auf 30 Jahre angelegte Kredite. Der Investitionsbedarf der hessischen Kommunen beträgt je nach Schätzung 8 bis 10 Milliarden Euro. Die drei Programme der Landesregierung mit einem Volumen in Höhe knapp 700 Millionen, die zudem die Kommunen für die nächsten 30 Jahre finanziell zusätzlich belasten, sind insofern nicht mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Allein die Tilgung der Landesprogramme wird die Kommunen 329 Mio Euro kosten. Zusätzlich zu der Hauptzinslast auf die Gesamtlaufzeit. "Weder das Konjunkturprogramm noch das Schutzschirm-Programm oder nun das KIP können wirkliche Abhilfe bei der Finanznot der hessischen Kommunen schaffen. Nur ein gerechter und angemessener Kommunaler Finanzausgleich ist dazu in der Lage.

Den hessischen Kommunen wurden jedoch infolge der Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) seit 2011 Mittel in Höhe von rund 2 Milliarden Euro zugunsten des Landes entzogen. Sie haben damit alle seitdem von der Landesregierung für die Kommunen aufgesetzten Programme selbst finanziert.

Der Landesparteitag sieht in der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs die durch das Grundgesetz und die hessische Landesverfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung nicht als gewährleistet an. Kommunale Selbstverwaltung ist gelebte Demokratie vor Ort und hat nach dem Konzept unseres Staatsaufbaus einen unverzichtbaren Wert.

Die hessische Landesregierung wird deshalb aufgefordert

- den Kommunen der Aufwand für übertragene Aufgaben vollumfänglich zu erstatten, anstatt durch die Beschränkung des Ausgleichs auf 90 Prozent der tatsächlichen Ausgaben die Finanzprobleme zu verschärfen. Dem Konnexitätsprinzip („wer eine Leistung bestellt, muss sie zahlen“) ist Geltung zu verschaffen.
- die fortlaufende Unterfinanzierung der Kommunen, die diese zu Steuer- und Abgabenerhöhungen zulasten ihrer Bürgerinnen und Bürger zwingt, zu beenden.
- die seit dem Jahr 2011 durch die Landesregierung verfassungswidrig erhobene Kompensationsumlage den betroffenen Kommunen zurückzuerstatten.
- die Gestaltungsfähigkeit der hessischen Kommunen und ihre Fähigkeit, wichtige Zukunftsinvestitionen im Sinne einer vorsorgenden Kommune zu tätigen, zu gewährleisten.

IV. Den 6. März 2016 zu einem Denkmittel für Schwarz-Grün machen

Die Zukunft unseres Landes entscheidet sich in den Kommunen. Hier liegen die Hebel, mit denen die sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen bewältigt werden können.

Diesem subsidiären öffentlichen Auftrag und der Pflicht zur Daseinsvorsorge muss allerdings eine angemessene Finanzausstattung und zielgerichtete Mittelverwendung vor Ort gegenüber stehen. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen steht und fällt mit den finanziellen Rahmenbedingungen, die ihnen besonders von der Landesebene vorgegeben werden.

Kommunal- und damit bürgerfeindliche Politik hat sich als zentrales Markenzeichen der CDU-geführten Landesregierungen seit 1999 herauskristallisiert. Das Land lässt die Kommunen im Stich und verweigert ihnen die aufgabengerechte Finanzausstattung, die von der Verfassung verlangt wird und schön den eigenen Haushalt mit kommunalem Geld.

Die Kommunalwahl am 6. März 2016 bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit, der Landesregierung einen Denkmittel für kaputt gesparte Kommunen, unzureichende kommunale Angebote und stetige Steuer- und Gebührenerhöhungen zu geben.

Wir werden dafür werben, dass sie sie nutzen.

Antragsbereich B/ Antrag 7

Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord); Bezirk Hessen-Nord

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion

Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und Städte in Hessen

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag wird aufgefordert, sich nachdrücklich für eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung einzusetzen, die den Städten und Gemeinden in Hessen eine vollständige wirtschaftliche Betätigung im Bereich der Daseinsvorsorge ermöglicht.

Antragsbereich B/ Antrag 9

Bezirk Hessen-Nord

*Empfänger:
SPD-Landtagsfraktion*

Steigerung der Wahlbeteiligung bei Direktwahlen

Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, verschiedene Möglichkeiten aufzuzeigen und zu bewerten, wie die Wahlbeteiligung bei Bürgermeister- und Landratswahlen gesteigert werden kann. Eine der zu prüfenden Möglichkeiten ist die Harmonisierung dieser Wahlen mit den Kommunalwahlen.

Die digitale Gesellschaft gestalten

Unsere Leitforderungen für die Gestaltung der digitalisierten Gesellschaft:

1. Wir wollen die neuen Chancen für mehr gute Arbeit nutzen. Das bedeutet mehr Solidarität statt Individualisierung, die neue Flexibilität für mehr Lebensqualität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Inklusion nutzen und Überforderung durch Dauererreichbarkeit technisch verhindern sowie ein Recht auf sinnstiftende Beschäftigung für alle.
2. Wir wollen die erforderliche Qualifizierung der Menschen für die Chancen der Digitalisierung schaffen, den Wissens- und Technologietransfer modern umgestalten und durch die Ausbildungsgarantie Teilhabe an Arbeit sichern.
3. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für unsere kleinteilige Wirtschaftsstruktur nutzen und kleine und mittelständische Unternehmen durch technische Infrastruktur und flächendeckende Breitbandtechnologie stärken sowie den Zugang zu Risikokapital fördern.
4. Wir wollen wieder mehr Wirtschaftsdemokratie wagen: Wir wollen klare Regeln für mehr Wettbewerb und gegen globale Monopolbildung, Dezentralität fördern und die Mitbestimmungsrechte der digitalisierten Arbeitswelt anpassen. Dienstleistungen mit Daseinsvorsorgecharakter sollen auch in der digitalen Welt den gleichen Regeln zur Teilhabe aller folgen.
5. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Zugang zum Netz für jede und jeden unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen, sozialer oder kultureller Herkunft. Auch der Zugang zum Netz ist Bestandteil der Daseinsvorsorge.
6. Wir wollen die weitere Spreizung von Bildungsgewinnern und Bildungsverlierern stoppen und durch Medienbildung allen die Chance geben auf Nutzung und Gestaltung der Neuen Medien sowie die wichtige Fähigkeit zur kritischen Reflexion und digitaler Selbstbestimmung.
7. Wir wollen die Chancen für mehr Demokratie durch mehr Beteiligung und mehr Transparenz voranbringen und einen von kommerziellen oder einseitig politischen Interessen unabhängigen digitalen Journalismus unterstützen.
8. Wir wollen, dass die Menschen die Herrschaft über ihre Daten zurückerlangen. Datensouveränität gelingt durch Datensparsamkeit. Auch für freiwillig gegebene Daten muss gelten: Einverständnis setzt Verstehen voraus, konkret, im Detail und für jede konkrete Nutzung im Voraus. Wir wollen ein Recht auf vollständige Rückholbarkeit / Lösbarkeit von personalisierbaren Daten.
9. Bei der Vorratsdatenspeicherung sind wir weiterhin skeptisch.
10. Die Netzneutralität ist für uns ein unverhandelbares Grundprinzip. Ein Mehr-Klassen-Internet lehnen wir entschieden ab.

Internet und digitale Kommunikation haben längst alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erfasst. Mit ihnen werden Produktionsbedingungen, Kommunikationsweisen und Wissensformen revolutioniert. Diese Umwälzung hat soziale und ökonomische Folgen, die vergleichbar sind mit den großen industriellen Revolutionen der Neuzeit, mit all ihren Chancen für Wohlstand, Fortschritt und Emanzipation, aber zugleich auch mit allen Risiken neuer sozialer Unsicherheit, Marginalisierung und Überwachung der Menschen. Daraus ergeben sich neue Fragen, die die Sozialdemokratie als Partei der Sozialen Marktwirtschaft, der guten Arbeit, der Freiheit und der Demokratie herausfordern.

Die digitale Gesellschaft verändert unser soziokulturelles Verständnis und Selbstverständnis in vielen Lebensbereichen. Dimensionen wie Privatheit und öffentliche Existenz, soziale Interaktionsformen und Verhaltensweisen, Norm- und Moralvorstellungen wandeln sich unter dem unbegrenzten Einfluss neuer Informationen und unerwarteter, mit kulturellen Gewohnheiten kaum zu vereinbarenden Verhaltensweisen. Die kulturelle Globalisierung erfährt durch die Digitalisierung eine dramatische Beschleunigung und erfordert Strategien zur Handhabung wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und emotionaler Konsequenzen.

Digitale Vernetzungsprozesse sind auch gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsprozesse, auch wenn ihre Dynamik ohne einen zivilen, privaten, oft spielerischen Umgang der Nutzerinnen und Nutzer nicht vorstellbar ist. Mit der Algorithmisierung des Sozialen, der fortschreitenden Digitalisierung von Person, Wissen, sozialen Beziehungen, zeichnen sich die Umrisslinien einer kompletten Ökonomisierung und Kommerzialisierung unserer sozialen Fähigkeiten und Bedürfnisse ab: Gesellschaft wird zum ständig neu verwertbaren Datenkörper. Aber unsere Welt bleibt immer mehr als nur ihre Algorithmen.

Der ur-sozialdemokratische Fortschrittsoptimismus trifft mit der Digitalisierung auf einen Prozess, dessen Komplexität, Dynamik und Selbstbeschleunigung gesellschaftliche Prozesse vor ungekannte Herausforderungen stellt, für die es keine angemessenen Erfahrungswerte gibt. Noch keine Innovation hat eine so schnelle Durchdringung aller Lebensbereiche geschaffen.

Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie, die gesellschaftlichen Veränderungen nicht nur in Bezug auf Wirtschaft und Ökonomie zu erkennen, sondern den Einfluss der fortschreitenden Digitalisierung auf alle sozialen Lebensverhältnisse ebenso wie die enormen Entwicklungspotenziale einzuschätzen, um sie mit politischen Optionen zu verbinden.

Wir konkretisieren die sozialdemokratische Vorstellung einer freien, gleichen und gerechten Ordnung für die digitale Gesellschaft. Für uns gilt, unter den Bedingungen der Digitalisierung die politische Gestaltung der Lebensverhältnisse zu sichern und den Vorrang demokratischer Prinzipien vor den Interessen mächtiger Akteure zu sichern.

Gute Arbeit in der digitalisierten Arbeitswelt

Mit der Digitalisierung steht die Arbeitswelt vor einer vierten industriellen Revolution. Unser Anspruch ist es, dass alle vom digitalen Strukturwandel profitieren. Das ist der Kern des sozialdemokratischen Verständnisses vom Fortschritt: dass es darauf ankommt, den technischen Fortschritt in einen sozialen Fortschritt umzusetzen. Flexibilität und soziale Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt sind kein Gegensatz – im Gegenteil: Soziale Sicherheit schafft erst die Voraussetzung für nachhaltige Flexibilität und Leistungsbereitschaft.

Die Arbeit der Zukunft ist für viele entgrenzter und mobiler als heute. Die neuen Technologien und Kommunikationsformen bieten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer große Chancen für neue Freiräume durch vernetzte Arbeit, Flexibilität von Arbeitszeit und –ort und mehr Autonomie. Gleichzeitig entstehen Risiken: Arbeitsverdichtung, die Erwartung ständiger Erreichbarkeit und die Spaltung des Arbeitsmarkts in Personen, die zu einer Dauerverfügbarkeit bereit sind und solche, die dies nicht können oder wollen wie Alleinerziehende, Familien, ehrenamtlich Tätige etc. Deshalb müssen den neuen Möglichkeiten klare Rechtsansprüche und einklagbare Spielregeln an die Seite gestellt werden.

Wir wollen, dass die neuen Chancen für Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen zu einem Gewinn werden, zu besseren Arbeitsbedingungen, gerechterer Entlohnung und mehr Freiheit und Flexibilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führen und eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben ermöglichen. Wachsende Vernetzung darf weder zu ständiger Überwachung der Beschäftigten noch zu ständiger Erreichbarkeit führen. Eine Zukunft der Arbeit mit digitalisierten „Arbeitskraftunternehmen“ als sich permanent selbst vermarktende Beschäftigte wird es mit uns nicht geben.

Weil die Individualisierung der Produktion mit der Individualisierung der Beschäftigten einhergeht, müssen für fragmentierte Belegschaften neue Formen kollektiver Solidarität und Interessenvertretung gefunden werden. Die Gestaltung der Arbeitswelt von morgen gelingt nur mit zeitgemäßer betrieblicher Mitbestimmung.

Insbesondere die Teilhabe älterer oder behinderter Menschen am Arbeitsleben kann durch die Digitalisierung verbessert und größere Barrierefreiheit im Berufsleben gewährleistet werden. Intelligent gesteuerte Maschinen können zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit beitragen und Menschen mit Behinderung neue Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsmarkt eröffnen.

Für eine neue digitale Arbeitskultur wollen wir deshalb

- Freiräume schaffen und das Recht auf flexiblere Arbeitszeiten ausbauen für mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte statt Anwesenheitszwang und Überstunden.
- dass Arbeitszeit- und Erreichbarkeitsbegrenzungen bereits technisch fixiert und geschützt und Überlastungen durch konsequenten Arbeitsschutz gegen Arbeitsverdichtung und Dauererreichbarkeit vermieden werden.

- dass besonders für die Lebenssituation und Arbeitsumstände der „Crowdworker“ faire Standards etabliert werden und dass die soziale Absicherung dieser Menschen durch die Bürgerversicherung sichergestellt werden muss.
- bestehende Bestimmungen zu Arbeitsschutz und Beschäftigtendatenschutz dem Wandel der Arbeitswelt anpassen und Missbrauch von Werksverträgen zur Umgehung sozialversicherter Arbeitsverhältnisse einen Riegel vorschieben.
- gemeinsam mit den Gewerkschaften Mitbestimmung 4.0 entwickeln. Wir wollen *solidarity by design*: Schon die Programme bzw. die ko-programmierten Arbeitsabläufe müssen so gestaltet werden, dass sie solidarische Prozesse organisieren bzw. begünstigen.
- Selbstbestimmung und Privatsphäre schützen: Durch klare Regeln bei der Datenerhebung und -speicherung, dem Screening und der Weitergabe sowie der Leistungsbewertung den „gläsernen Mitarbeiter“ verhindern.
- den Arbeits- und Gesundheitsschutz anpassen, z. B. für Bildschirmarbeit und mobile Dienstausrüstung und die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch angepasste Arbeits- und Organisationsformen verbessern.
- dass Arbeit weiterhin ein Menschenrecht ist. Auch in der digitalen Gesellschaft hat jede und jeder Anspruch auf Teilhabe an Arbeit als Ort der Selbstverwirklichung und gesellschaftlichen Inklusion. Wir wollen eine inklusive Arbeitswelt verwirklichen, die allen Menschen eine gute Perspektive in der neuen digitalen Arbeitswelt bietet.

Die Industrie 4.0 und der digitale Strukturwandel werden manche standardisierten und einfachen Tätigkeiten verdrängen sowie neue, niedrig und höher qualifizierte entstehen lassen. Aber auch anspruchsvolle kognitive Tätigkeiten werden automatisierbar. Mit Arbeitsplatzverlusten oder -verschiebungen ist zu rechnen. Es entstehen neue Formen der Arbeitsteilung. Die Fähigkeiten und Kompetenzen der Beschäftigten rücken noch weiter in den Mittelpunkt. Individuelle Qualifikationen erhalten so einen neuen Stellenwert bei gleichzeitiger Verkürzung von Innovations- und Wissenszyklen. Bestehende Berufsbilder müssen weiter entwickelt werden und ganz neue Berufe entstehen. Die Ausbildung muss möglichst praxisnah auf diesen Wandel reagieren. Deshalb wollen wir

- Die Ausbildungsgarantie und der Rechtsanspruch auf konsequente Nachqualifizierung von Beschäftigten hin zu einem Berufsabschluss, der in der Industrie 4.0 zukunftsfähig ist.
- Die Förderung der Weiterbildung von Beschäftigten in Unternehmen und der Entwicklung von Programmen zur Qualifizierungsplanung bis hin zu einem Anspruch auf Weiterbildung.
- Die Verbindung von dualen Ausbildungsgängen mit Studiengängen unter dem Leitbild einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz und die Weiterentwicklung der Verbindung von Forschung und Wissenstransfer an Hochschulen über praxisorientierte Transfereinrichtungen.

- Die Einrichtung von überbetrieblichen „Lernfabriken“, in denen Beschäftigte in Aus- und Weiterbildung verkettete Produktionsprozesse auf der Basis realer Industriestandards kennen und anwenden lernen.

Wirtschaft: Fairer Wettbewerb – mehr Wirtschaftsdemokratie wagen

Mit der Digitalisierung ändern sich die ökonomischen Produktionsbedingungen grundlegend. Dezentrale Produktionsprozesse, die Diffusion und breite Verfügbarkeit von Wissen und Technologie, die Frage nach Urheberrecht und geistigem Eigentum, neue Dienstleistungssektoren und Produktivitätsfortschritte fordern Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik heraus. Mit atemberaubender Geschwindigkeit entstehen neue Markt- und Machtkonzentrationen in Kartellstrukturen, die bislang undenkbar waren - ohne ausreichende Moderation und Regulierung zugunsten eines fairen Wettbewerbs.

Diese wirtschaftlichen Veränderungen stellen die Machtfrage neu. Die Dynamik transnationaler Konzernstrukturen in der digitalen Welt, denen sich niemand entziehen kann, kann eine neue Gefahr für Demokratie und Teilhabe darstellen, weit jenseits ökonomischer Fragen. Die Debatte um das Verhältnis von wirtschaftlicher zu demokratisch-politischer Macht und Gestaltungsmöglichkeit gewinnt an Bedeutung und muss an Geschwindigkeit gewinnen.

In der digitalisierten Wirtschaft wandelt sich das Verhältnis von Produzent und Konsument, wenn Letzterer zunehmend an der Entwicklung von Produkten mitwirkt. Daraus entwickeln sich neue und spannende Projekte, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren können. Bei angemessenen Gewinnbeteiligungen oder bei Non-Profit-Geschäften kann dies auch zu einer Demokratisierung der interaktiven Wertschöpfung führen, wenn Produktnutzungen bzw. mögliche Gewinne geteilt und nicht Innovationen und kreatives Engagement bloß abschöpft werden.

Nötig ist auch ein neuer Daseinsvorsorgebegriff für das digitale Zeitalter. Was für Bahn und ÖPNV, Telefon und Post, Wasserversorgung und Energie gilt, gilt auch für neue Geschäftsmodelle wie z. B. soziale Netze und Suchplattformen: sie sind für gesellschaftliche Teilhabe unverzichtbar, strukturell monopolistisch und verwenden mit persönlichen Daten eine Währung, deren Konsequenzen unabsehbar sind. Dafür sind Zugangsmöglichkeiten für alle und klare Spielregeln erforderlich.

- Für uns gilt: Auch im digitalen Zeitalter ist die Wirtschaft für die Menschen da und nicht umgekehrt.
- Wir wollen, dass endlich alle kartellrechtlichen Maßnahmen in Deutschland und Europa ausgeschöpft werden, um weitere Monopolbildungen zu verhindern, und die geltenden Regeln den Herausforderungen der digitalen Globalisierung angepasst werden.
- Wo Unternehmen neue, digitale Angebote der neuen Daseinsvorsorge machen, wollen wir geeignete Regeln entwickeln, um der quasi-öffentlichen Rolle

in einer der staatlichen Aufgabenerfüllung vergleichbaren Regulierung gerecht zu werden.

- Wir wollen, dass auch in den neuen interaktiven Geschäftsmodellen alle, die zur Entstehung von Werten beitragen, an der Wertschöpfung fair beteiligt werden.
- Für alle Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge gilt: Neue digitale Zugangsmöglichkeiten wie Internetplattformen, Selbstbedienungsautomaten oder Apps sind Ergänzung, nicht Ersatz. Sie dürfen die Teilhabe und Nutzung für Menschen ohne digitalisierten Zugang nicht beeinträchtigen.

Der wachsende Online-Handel ist die größte Herausforderung für den Einzelhandel und für viele Wirtschaftsbereiche darüber hinaus. Durch Anbieteralleinstellung entstehen nicht nur Handels- oder Dienstleistungsmonopole. Unternehmen streben an, die ganze Wertschöpfungskette von der Idee bis zum Endverbraucher in eine Hand zu bekommen. Es entsteht ein ungekannter Druck nicht nur auf den Einzelhandel, sondern auch auf Produzenten und Entwickler. Und statt Personal- und Ladenvorhaltekosten werden Händlermargen für Frei-Haus-Lieferungen von Einzelobjekten aufgewendet, was auch unter ökologischen Aspekten einen Irrweg darstellt.

Nötig ist eine doppelte Strategie der Wettbewerbsregulierung und Gleichbehandlung einerseits sowie der gezielten Förderung eigener, lokaler und regionaler Märkte durch und für digitale Produkte andererseits – mit dem Nebeneffekt einer Demokratisierung durch Dezentralisierung.

- Wir wollen verbindliche Flächentarife für den gesamten Handel.
- Wir wollen, dass dort, wo der Endverbraucher lebt, auch die Besteuerung des Verkäufers erfolgt, damit sogenannte Steueroasen trockengelegt werden.
- Wir wollen lokale Internetmarktplätze für den Einzelhandel und Dienstleistungen fördern und lokale Anbieter digitaler Produkte für lokale Projekte unterstützen.

Die Wirtschaftsform der Allmende (neudeutsch „Sharing-Economy“) sowie genossenschaftliche Eigentums- und Betriebsmodelle, also das formelle oder informelle Teilen und gemeinschaftliche Nutzen von Gebrauchsgegenständen, Boden und Infrastruktur hat eine lange Tradition in Gemeinwesen, Gemeinden, Familien und Nachbarschaften. Im überregionalen oder globalen Maßstab haben dagegen sog. Sharing-Modelle wie das Pseudotaxiunternehmen Uber oder private Übernachtungsvermittler als kommerzielle Plattformen erhebliche Folgewirkungen von hohem Druck auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen traditioneller Anbieter.

- Digitale Verfahren bieten die Möglichkeit, lokale Modelle des lokalen Teilens in gemeinschaftlichem Eigentum zeitgemäß weiter zu entwickeln und neu zu entdecken, wie zum Beispiel bei zeitgemäßen Carsharing Modellen. Diese Formen dezentralen, am Gemeinwesen orientierten Wirtschaftens wollen wir fördern, zum Beispiel durch lokale Tauschplattformen für Wissen, Gegenstände, Dienstleistungen und ehrenamtliches Engagement.

Digitale Infrastruktur ist Daseinsvorsorge

Zugang zum Internet ist öffentliche Daseinsvorsorge. Ein zeitgemäßer, leistungsfähiger Internetzugang für alle ist eine Frage der Gerechtigkeit und Chancengleichheit, besonders im ländlichen Raum und dünner besiedelten Gebieten. Unzureichende Versorgung mit leistungsstarken Internetanschlüssen ist ein zentrales Hemmnis, nicht nur für die Wirtschaft. Für jede Form der Teilhabe und Partizipation ist der Zugang zum schnellen, breitbandigen und leistungsfähigen Internetanschluss unverzichtbar. Angesichts des demographischen Wandels ist die angemessene Internetversorgung ländlicher Räume eine zentrale Strukturmaßnahme. Aber gerade KMU in unterversorgten Regionen stehen schon heute vor existenziellen Problemen. Kein schnelles Internet heißt: kein Cloud-Computing, kein Anschluss an die Industrie 4.0! Erforderlich ist deshalb Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität bei der Ausbauplanung.

- Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Zugang zum Netz für jede und jeden unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen, sozialer oder kultureller Herkunft. Zugang zum Netz ist Bestandteil der Daseinsvorsorge. Das bedeutet auch Berücksichtigung bei der Bedarfsberechnung von Sozialleistungen.
- Wir streben eine gleichmäßige Versorgung mit schnellem Internet diskriminierungsfrei in Stadt und Land an, mit einer transparenten Umsetzung. Dabei präferieren wir die Technologie der Glasfaserverkabelung.
- Wenn Landkreise und Kommunen die Breitbandverkabelung in Eigenregie und mit eigenen Investitionen voranzutreiben, wollen wir diese Form der kommunalen Selbsthilfe stärker durch Land und Bund unterstützen. Das Verlegen von Kabeln zum Breitbandausbau muss verbindlicher Bestandteil bei Straßeninfrastrukturmaßnahmen und der Planung von Neubaugebieten sein.
- Datensicherheit ist unverzichtbar! Wir wollen hochsichere, lokale Cloud-Plattformen fördern, um die horizontale und vertikale Vernetzung der mittelständischen Unternehmen, Großunternehmen und Forschungseinrichtungen in der Region zu gewährleisten.
- Wir wollen aber auch die Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger erheblich ausbauen. Alle Bereiche der lokalen Wirtschaftsförderung vom Parkplatzangebot und ÖPNV-Status als Echtzeitinformation über lokale und kommunale Energiesteuerung für optimale Energieeffizienz und Energieeinsparung bis zum intelligenten Stadtmarketing können zur Dezentralisierung beitragen.

Die Chancen der Digitalisierung für den Mittelstand nutzen

Aufgabe guter Wirtschaftspolitik ist es, wirtschaftliche Potenziale zu fördern und regionale Wachstumsimpulse zu setzen, an denen alle Menschen teilhaben können. Wir wollen eine Infrastruktur auf Höhe der Zeit, die den eigenen Standort stärkt, die Arbeitsplätze mit leistungsgerechten Einkommen und Löhnen schafft und, die schonend und ökonomisch mit unseren natürlichen und menschlichen Ressourcen umgeht. Dafür bietet die Digitalisierung einzigartige Chancen. Sie wollen wir entschieden nutzen, um alte Wertschöpfungen zu erneuern und ein neues Wirtschaften zu befördern.

Mit der Digitalisierung gibt es zwar gute Aussichten auf hochwertige und zukunftsfeste Arbeitsplätze in Mittelstand und Großunternehmen, im Gewerbe ebenso wie in der Produktion. Aber während in vielen Schlüsselbranchen der Industrie 4.0 deutsche Großunternehmen häufig sogar Weltmarktführer sind, gibt es bei der Mehrheit der KMU in der Digitalisierung ihrer Prozesse noch einen enormen Nachholbedarf. Eine gute digitale Mittelstandspolitik bedeutet das uneingeschränkte Bekenntnis zu einer kleinteilig florierenden Wirtschaft mit mehr Beschäftigung und Wohlstand für alle. Wir wollen

- etablierte Unternehmen bei ihrer digitalen Migration unterstützen, gute Bedingungen für Neugründungen schaffen.
- durch konsequente Anwendung und Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens, z. B. im Kartellrecht, angemessene Wettbewerbsbedingungen wieder herstellen, wo sie durch massive Monopolbildungen gefährdet sind.
- den Wissens- und Technologietransfer beschleunigen und verbessern, entsprechend dem von uns vorgelegten Konzept für eine institutionelle und personelle Verknüpfung von wissenschaftlicher Qualifikation und Wirtschaftserfahrung.

Die Unterversorgung von Neugründungen mit Wachstumskapital in Deutschland ist ein großes Manko angesichts der Dynamik der Entwicklung der digitalisierten Wertschöpfungsketten, obwohl gerade für IT-Start-ups im Umfeld der Industrie 4.0 ein sehr guter Nährboden besteht. Um das Angebot an Wagniskapital zu erhöhen, sind wenigstens zwei Maßnahmen erforderlich:

- Die von der EU-Kommission gelockerten Beihilferegeln durch mehr Engagement der öffentlichen Förderinstitute und Beteiligungsgesellschaften ausschöpfen. Daher wollen wir, dass mehr und verbesserte Beratungs- und Finanzierungsangebote öffentlicher Finanzinstitute für digitale Gründerinnen und Gründer geschaffen werden.
- Schließlich wollen wir neben einem Ausbau öffentlicher Finanzierung durch steuerliche Erleichterungen auch risikoreiche private Investitionen erleichtern.

Kultur- und Kreativwirtschaft fördern

Das Internet eröffnet große Chancen für die Teilhabe aller an Kunst und Kultur, unabhängig von Faktoren wie Wohnort, Einkommen oder Gesundheitszustand. Zugleich hat die Digitalisierung massive Auswirkungen auf alle Phasen künstlerisch-kreativer Arbeit – von der Produktion bis zum Vertrieb.

Der Buchmarkt zeigt bereits heute exemplarisch die Auswirkungen. Ausgedünnte und verkürzte Wertschöpfungsketten von der Idee bis zur Auslieferung stellen Wettbe-

werksregeln vor ganz neue Herausforderungen: in Verbindung mit den hochdynamischen Monopolisierungstendenzen der digitaler Konzerne bergen sie Gefahren für Vielfalt und Offenheit des gesellschaftlichen Diskurses und seiner Medien insgesamt.

Wachsenden Möglichkeiten künstlerisch kreativer Arbeit und ihrer Verwertung stehen Herausforderungen zu Vergütung und Rechten der Künstlerinnen und Künstler gegenüber. Der Boom der Kultur- und Kreativwirtschaft führt bisher keinesfalls zu einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Kreativschaffenden: Sie sind von hohen Risiken, schlechter Bezahlung und der Auslagerung auf (Schein-)Selbstständige und Subunternehmer geprägt. Insbesondere im Bereich der Musik-Produzierenden findet ein „Verramschen“ der Rechte z.B. bei Flatrate-Anbietern wie Spotify zum Nachteil der Kreativen statt. Wo Konsumentinnen und Konsumenten mit personenbezogenen Daten indirekt bezahlen, haben Kreative keinen Nutzen davon.

- Wir wollen, dass die Kunst- und Kreativschaffenden angemessen am Ertrag ihrer Arbeit beteiligt werden. Daher wollen wir deutsche und europäische Initiativen zur Gründung eigener Vertriebsplattformen für Kreative sowie die weitere Entwicklung eigener Märkte unterstützen.
- Wo die Verwertung von Inhalten zum normalen Erwerbsleben von Kreativen gehört, wollen wir eine konsequente Stützung des Urheberrechts.
- Wir wollen eine angemessene Vergütung von Kunst- und Kreativschaffenden und den Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung. Dazu wollen wir auch Interessensvertretungen der lange unorganisierten Kunst- und Kreativschaffenden politisch unterstützen.

Digitale Bildung von der Kita bis zur Hochschule

Bildung und Ausbildung entscheiden im Informationszeitalter mehr denn je über konkrete Lebensperspektiven: über Chancen auf dem Arbeitsmarkt, über die Umsetzung der individuellen Lebensentwürfe und über eigenständige und mündige Teilhabe am politischen und kulturellen Leben. Wissen, sein Erwerb und der Umgang mit Veränderungen werden zu zentralen Qualifikationen in der digitalisierten Gesellschaft. Eine entscheidende Rolle kommt der Fähigkeit zu, Informationen zu filtern, kritisch zu bewerten und zu strukturieren.

Die SPD ist auch und gerade im digitalen Zeitalter die Partei der Bildungsgerechtigkeit. Bildung ist Chancengleichheit und Emanzipation. Wir wollen die Potentiale der Digitalisierung für mehr Bildungsgerechtigkeit, Partizipation und Autonomie nutzen und ihr emanzipatorisches Potential ausschöpfen.

Bildungsarmut findet ihre Ursachen weiterhin im sozialen Umfeld der Betroffenen und deren ungleichen Bildungschancen – daran ändert die digitale Gesellschaft nichts. Mit dem Internet wird Wissen überall und jederzeit verfügbar – für bildungsaffine Nutzer. Damit verstärkt das Internet Bildungsungleichheit und sozial bedingte Chancenungleichheit insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Dies gilt insbesondere für den Umgang mit den Neuen Medien. Wo Menschen keinen Umgang mit der digitalen Durchdringung unserer Welt finden, droht uns die digitale Spaltung der Gesellschaft und mit ihr eine neue Dimension sozialer Ungerechtigkeit. Nötig ist eine umfassende Strategie der gezielten Medienbildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule.

In den sozialen Netzen, auf Blogs und in Videos tauschen sich Kinder und Jugendliche über das Erlebte aus, eifern Vorbildern nach und schaffen auch ganz eigene Kulturen. Das Internet ist heute längst sinnstiftendes Element im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Medienerziehung soll Kinder dabei begleiten und darauf vorbereiten, mit dem Internet und insbesondere sozialen Medien einen selbstbestimmten Umgang zu üben.

Digitale Bildung besteht für uns in drei Aufgabenfeldern: der Fähigkeit, Neue Medien zu bedienen, der Fähigkeit, Neue Medien zu gestalten und digitale Produkte hervorzu- bringen und der Fähigkeit, ein eigenständiges, kritisches Verhältnis zu den Neuen Medien zu entwickeln.

- Wir wollen die digitale Spaltung zwischen denen, die digitale Medien und Angebote kompetent nutzen können und denen, die das noch nicht können, überwinden. Dazu gehören ein flächendeckendes Angebot zum Erwerb und Ausbau von Medienkompetenz von der KiTa und Schule über berufliche Bildung und Weiterbildungsangebote bis zur Senioreneinrichtung, frei zugängliche Nutzungsgelegenheiten in öffentlichen Einrichtungen und eine angemessene Ausstattung für Kitas, Schulen und Hochschulen.
- Wir wollen, dass bereits in Grundschulen geübt wird, Medieninhalte nicht nur zu konsumieren, sondern die interaktiven Möglichkeiten zur eigenständigen Gestaltung zu nutzen und die Elternberatung zur Mediennutzung zum festen Bestandteil von Elterngesprächen ab der Kita machen.
- Zur Medienkompetenz gehört die Fähigkeit, Risiken und Möglichkeiten der Weitergabe persönlicher Informationen einzuschätzen, das Wissen um die Manipulierbarkeit und Beeinflussungsmöglichkeiten und das Wissen um die Grenzen digitaler Machbarkeit. Medienkritik ist unerlässlich. Neben Informatik als technischem Fach der Möglichkeiten gehört auch das Wissen um die Grenzen digitaler Machbarkeit für uns zu guter Bildung.
- Bildungsinstitutionen sind auch Schonräume. Wir wollen nicht, dass Neue Medien analoges Lernen und Lehren ersetzen, sondern sie dort ergänzen, wo digitale Bildung einen emanzipatorischen Mehrwert für unsere Kinder und Jugendlichen leistet.
- Wir wollen, dass medienpädagogische Kompetenzen zum festen Angebot von Ausbildung, Studium, Vorbereitungsdienst, Berufseinstiegsphase, Fort- und Weiterbildung in den pädagogischen Berufen und zum ABC von künftigen Lehrkräften in allen Fächern gehören.
- Didaktik im digitalen Zeitalter muss sich stärker an den Lebensrealitäten von Auszubildenden und Studierenden orientieren. Dazu wollen wir neben der technischen Innovationsforschung auch solche Forschungsvorhaben fördern, die eine auf Neue Medien gestützte Didaktik und die digitale schulische und

betriebliche Lehre und Hochschullehre zum Gegenstand haben. An den Hochschulen müssen die Berechnungsgrundlagen von Lehrdeputaten an die Durchführung von Onlinekursen angepasst werden.

- Wir wollen den angemessenen Umgang mit eigenen Daten, mit Mobbing und Bloßstellungen im Netz unter Gleichaltrigen verbessern durch Beratungsangebote und einen Medienschutzbeauftragten an jeder Schule.
- Wir wollen, dass bei der Erneuerung des Jugendmedienschutzstaatsvertrags neben dem Schutz vor gewaltverherrlichenden und pornographischen Inhalten auch der besondere Schutz personenbezogener Daten von Kindern und Jugendlichen und die zunehmende Bedeutung der digitalen Medien für das soziale Beziehungsgefüge aufgenommen werden.

Medien und Information in der Digitalisierung

Öffentliche Debatte und gesellschaftlicher Diskurs sind das Herz der Demokratie. Die digitale Öffentlichkeit bietet hier große Chancen: Informationen stehen zunehmend direkt zur Verfügung und auch die Veröffentlichung der eigenen Meinung ist auf Plattformen unmittelbar möglich. Blogs, Twitter, elektronische Zeitungen bieten durch geringe Kosten und ihre horizontale Vernetzung mit Diskursteilnehmern ganz neue Chancen für die Beteiligung von nichtökonomisch motivierten Akteuren. Politik steht wie nie zuvor im Blick einer wachen und meinungsstarken Öffentlichkeit. Die neuen Technologien bieten auch neue demokratische Chancen, wenn Bürgerinnen und Bürger diese Möglichkeiten nutzen.

Zugleich besteht die Gefahr einer verschärften Desorganisation von Öffentlichkeit in digitale Teilöffentlichkeiten. Es fehlt im virtuellen Raum oft jener qualifizierte und massenmedial organisierte Journalismus, der die dezentralisierten Botschaften wieder in Gesamtzusammenhänge stellt und einen allgemeinen Austausch ermöglicht. Zudem kann die hohe Kommunikations- und Verbreitungsgeschwindigkeit digitaler Information zu einem Verlust an inhaltlicher Differenzierung, Recherchemöglichkeiten und Qualität und Einheitlichkeit der Berichterstattung führen, die selbst Pluralität vermindert und verhindert. Und digitale Informationsvorfilterungen durch Such-Algorithmen, wie bei Google, führen zu intransparenten Vorselektionen und zirkulärer Informationsauswahl.

Deshalb ist gerade angesichts der Fülle und Unübersichtlichkeit des digitalen Angebots die freie, unabhängige und professionelle journalistische Beobachtung und Berichterstattung unverzichtbar, weil letztlich nur so eine angemessene gesellschaftliche Kontrolle möglich ist. Damit journalistisch-redaktionelle Angebote auch in Zukunft einen relevanten Beitrag zu unserer Öffentlichkeit leisten können, müssen neue Finanzierungsmodelle entwickelt werden und der entsprechende rechtliche Rahmen gestaltet werden:

- Wir wollen Instrumente entwickeln helfen, die die journalistische Arbeit angemessen schützt.

- Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt dabei eine wachsende Aufgabe als einem Medium zu, das nicht primär unter ökonomischem Druck entsteht, sondern auf einem gesellschaftlich bestimmten Auftrag beruht. Wir werden darauf hinwirken, dass aufwendige Recherchen und hochwertige journalistische Tätigkeiten belohnt werden, sowie faire Vertragsbedingungen für Produzentinnen und Produzenten Maßstäbe setzen.
- Außerdem wollen wir mit den Hochschulen sicherstellen, dass die journalistische Ausbildung im digitalen Zeitalter weiterhin hohen Kriterien genügt.
- Durch einen Ausbau des Informationsfreiheitsrechts zu einem Transparenzgesetz sollen die demokratische Meinungs- und Willensbildung in der Gesellschaft gefördert und die Möglichkeit der Kontrolle staatlichen Handelns durch die Bürgerinnen und Bürger verbessert werden.
- Wir wollen mehr Demokratie in dem Sinne wagen, dass staatliche und privatwirtschaftliche (Monopol-)Strukturender Betreiber von technischer Infrastruktur und Plattformen zugunsten öffentlicher und privater Selbstorganisation und Teilhabe zurückgenommen werden.

Teilhabe am öffentlichen und politischen Diskurs

Das Internet, Chaträume und Informationsplattformen, die sozialen Netzwerke und andere Formen der privat organisierten Information haben die Gesellschaft verändert. Eine neue Form von Massenkommunikation und Beteiligung auf unterschiedlichsten Ebenen hat sich etabliert. Zugleich stellen wir für Deutschland häufig fest, dass politische Teilhabe und Willensbildung nur noch kleine Teile der Bevölkerung erreicht, in denen sich meist besser gebildete mit größeren zeitlichen Reserven engagieren.

Wir wollen aber auch eine Beteiligung derjenigen erreichen, die im von der Mittelschicht geprägten Beteiligungsdiskurs keine Stimme haben, die dafür weniger Zeit aufwenden können und deren Lebenswelt so geprägt ist, dass Partizipation an gesellschaftlichen Diskursen für sie weit hinten steht.

- Wir wollen, dass Informationen über gesellschaftliche Prozesse, über Beteiligungsverfahren und Themen allgemein verständlich aufbereitet werden. Der von uns vorgeschlagene Anspruch auf Behördenbescheide in leicht verständlicher Sprache muss zuerst in den Informationen zur Bürgerbeteiligungen umgesetzt werden
- Gemeinsam mit Netzanbietern wollen wir freie Infokanäle und digitale Dorfplätze schaffen, die nicht mit den eingegebenen Daten bezahlt werden, für den Austausch von Informationen, Tauschbörsen und dezentraler Selbstorganisation und Diskussion.
- Wir werden digitale Partizipationsmöglichkeiten so in administrative Prozesse einbauen, dass Meinungsäußerungen der Bürgerinnen und Bürger ausgewertet werden, um sie in die Entscheidungsfindung einfließen lassen zu können.

Reform von digitaler Partizipation und Informationsteilhabe in der Partei

Partizipation an Gremien ist das A und O einer lebendigen Partei. Dazu gehören die klassischen Willensbildungsprozesse innerhalb der SPD. Dazu gehören aber auch digitale Plattformen, die noch allzu sehr von kommerziellen Strukturen abhängen, die unseren (analogen) Standards von Datenschutz nicht genüge tun:

- Daher wollen wir rasch eine digitale Infrastruktur auf Open-Source-Basis aufbauen, welche die Möglichkeiten der weitgehenden horizontalen und vertikalen Vernetzung unserer Partei und der digitalen Selbstorganisation ihrer Gremienmitglieder bieten soll.
- Außerdem wollen wir weiterhin prüfen, wie eine gute digitale Partizipation, Debatten- und Abstimmungskultur in der SPD sichergestellt werden kann, die auch analoge Partizipation nicht unter dem Druck digitaler Flexibilisierung zurückstellt.

Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung schützen

In der digitalen Gesellschaft sind persönliche Daten zum Rohstoff und das Internet zum allgegenwärtigen Lebensraum geworden. Mit Smartphone, im Auto oder am Arbeitsplatz sind wir dauerhaft mit dem Internet verbunden.

Massenhaft werden Daten gesammelt und können verarbeitet werden - öffentlich und/oder in Unkenntnis der Betroffenen gesammelte Informationen, aber vor allem auch freiwillig oder semi-freiwillig. Daraus ergeben sich ganz neue Möglichkeiten für persönliche Sicherheit und Bequemlichkeit. Zugleich entsteht eine Transparenz, Vorhersagbarkeit und Manipulierbarkeit der Bürgerinnen und Bürger, die für staatliche Machtausübung, vor allem aber im Rahmen privater kommerzieller Anwendungen genutzt werden kann und wird. Lückenlose Überwachung von Mobilität, Konsum und Interessen ermöglicht die weitgehende Transparenz der ganzen Person, einschließlich der Risiken fehlerhafter Daten.

Entscheidend ist, wer die Kontrolle über die Daten besitzt. Angesichts der Komplexitätsgrade möglicher Datenverwertung und der Unübersichtlichkeit möglicher und vielleicht irgendwann möglicher Nutzungen, Auswertungen und Interpretationen kommt es darauf an, dem Individuum den Herrschaftsanspruch über seine Daten zu sichern. Wir wollen, dass die Nutzerinnen und Nutzer die Gewalt über ihre Daten behalten und gleichzeitig die Vorteile neuer Technologien nutzen können.

Grundsätzlich gilt: Nur gespeicherte Daten können verwendet oder missbraucht werden. Mit dem Konzept der Datensparsamkeit wird dem Rechnung getragen: was nicht gespeichert wurde, das kann auch nicht ge- oder missbraucht werden.

- Wir wollen deshalb eine sparsamste Datenerfassung und Speicherung. Geregelt werden muss, wie und wann welche insbesondere elektronisch erfassten und gespeicherten Daten zu schützen und zu vernichten sind.

- Wer gewerblich oder staatlich Daten speichern will, muss konkrete Anforderungen erfüllen: die gespeicherten Daten müssen einer konkreten Anwendung zugeordnet werden können (Zweckbindung) und müssen einem identifizierbaren Zweck dienen (Kontextbezug). Die Verwendung von Daten muss transparent erfolgen.
- Jede Bürgerin und jeder Bürger muss gegenüber jedem das Recht auf vollständige Auskunft über die von ihm gespeicherten Daten haben.
- Nicht nur Kommunikationsinhalte, sondern auch Metadaten lassen Rückschlüsse auf die Person, ihre Ideen und Überzeugungen, Handlungen und Entscheidungen, persönliche Verhältnisse und privaten Handlungen zu. Deshalb wollen wir einen Genehmigungsvorbehalt für die Speicherung von Metadaten.

Die SPD bekennt sich zur Unschuldsvermutung und stellt sich klar gegen Generalverdächtigungen und massenhafte staatliche Überwachung.

- Alle staatlichen Datensammlungen müssen regelmäßig und umfassend auf ihre Funktionalität und ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Wir setzen uns für eine gesellschaftliche Debatte über die Rolle von Geheimdiensten und deren verstärkte Kontrolle durch Parlamente ein.

Das Individuum hat heute in den seltensten Fällen reale Macht über den Umgang mit seinen Daten. Lange und für Nicht-Juristen unverständliche Einverständniserklärungen sind zum Gatekeeper von sozialen Interaktionen und sogar Arbeitsbeziehungen geworden. Damit wird faktisch dem Individuum die Kontrolle über seine Daten entzogen, wenn er oder sie nicht den Preis gesellschaftlicher Exklusion zahlen will. Angesichts der Komplexität der Auswirkung einer Freigabe von Daten muss die Entscheidung über den Umgang mit Daten dauerhaft bei jedem einzelnen Menschen liegen. Das bedeutet:

- Die konkrete Erlaubnis über die Verwendung, Speicherung und Weitergabe von Daten durch private oder staatliche Akteure muss in jedem Fall an eine widerrufliche Einverständniserklärung gebunden sein. Spätere weitere Nutzungen bedürfen einer eigenen Erlaubnis.
- Die Beweispflicht über das umfassende Verständnis des erklärten Einverständnisses ist umzukehren und dem datenspeichernden Akteur aufzuerlegen.
- Es muss darüber hinaus der Grundsatz der Rückholbarkeit gelten: Nur wenn die komplette Löschung von Daten dauerhaft garantiert werden kann, ist eine Erlaubnis zur Speicherung auszusprechen.
- Datensouveräne Entscheidungen müssen am Wohnsitz des Individuums justiziabel sein.
- Zur Unterbindung von Datenmissbrauch sind starke Kontrollinstrumente einzuführen. Personen, die Missbrauch öffentlich machen, sog. Whistleblower, sind besonders zu schützen.

Datenschutz kann angesichts globalisierten Datenaustauschs nicht nur ein regionales oder nationales Thema sein. Fragen des Umgangs mit Daten werden mindestens auf

Ebene der Europäischen Union, wenn nicht in weltweiten Debatten ausgehandelt. Die Anforderungen an gesetzliche Regelungen entwickeln sich immer schneller als die Regelungen selbst.

- Wir wollen Datenschutz zu einem politischen Schwerpunktthema der deutschen und europäischen Sozialdemokratie entwickeln. Wir wirken darauf hin, dass dennoch weiter bestehende Lücken durch die nationale Gesetzgebung gefüllt werden.
- Wir wollen eine grundsätzliche Befristung aller Datenschutzbestimmungen, um eine andauernde parlamentarische und juristische Neubewertung aktueller Herausforderungen zu gewährleisten. Gesetzliche Initiativen sind auf allen Ebenen auf ihre Folgen für Fragen des Datenschutzes zu überprüfen.
- Konzepte wie „privacy by design“ und „security by design“ wollen wir bei allen staatlichen Entwicklungen von technischen und Software-Lösungen von Anfang an berücksichtigen.

Die freiwillige Erfassung von biomedizinischen Daten darf nicht zu einer weiteren Entsolidarisierung führen, wie erste Versicherungsunternehmen es bereits ins Auge fassen.

- Vereinbarungen und insbesondere Versicherungen, vor allem Kranken- und Pflegeversicherungsmodelle sowie Lebens- und Rentenversicherungen, Arbeitsverträge und so weiter, die dem Versicherten Vor- oder Nachteile auf der Grundlage von nach Vertragsschluss erhobenen biomedizinischen Daten gewähren, lehnen wir ab und fordern, sie gesetzlich zu unterbinden. Bei vor Vertragsschluss erhobenen Daten ist normativ zu regeln, welche Daten überhaupt verlangt oder verwendet werden dürfen.
- Mit der Einführung der solidarischen Bürgerversicherung für alle werden Versicherungsmodelle mit umfassender Kontrolle der Versicherten ausgeschlossen.

Antragsbereich C/ Antrag 6

Juso-Landeskonferenz Hessen

*Empfänger:
SPD-Landesvorstand*

Programm gegen staatliche und private Überwachung

Wir fordern eine klare Positionierung innerhalb der SPD gegen staatliche und private Überwachung. Diese Positionierung soll in einer Grundsatzdebatte, ähnlich dem Konzept des "Programm für die Digitale Gesellschaft" unter Beteiligung der Basis erarbeitet werden.

Gleichzeitig wird der Landesvorstand aufgefordert, eine Positionierung des Verbands vorzubereiten.

Antragsbereich C/ Antrag 7

*Unterbezirk Frankfurt
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion*

Big Brother is watching you ... bei der PKW-Maut

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, keiner PKW-Maut zuzustimmen, bei der es eine automatisierte Erfassung und Speicherung von Autokennzeichen gibt. Die SPD unterstützt damit die einhellige Meinung der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder, welche am 14. November 2014 in einer Entschließung die Bundesregierung „eindringlich zur Einhaltung der verfassungsrechtlich gebotenen Prinzipien der Datenvermeidung und Datensparsamkeit“ aufforderten und deshalb einhellig vor einer automatisierten Kennzeichenerfassung und –speicherung warnten.

Antragsbereich C/ Antrag 9

Bezirk Hessen-Nord

Empfänger: SPD-Bundesparteitag

Aufbau einer digitalen Infrastruktur

Wir fordern den Parteivorstand auf, zu prüfen, wie schnellst möglich eine digitale Infrastruktur auf Open- Source-Basis (Own-cloud, Etherpad, Ethercalc, Brabbl, Doodle etc.) für die Parteibasisorganisationen aufzubauen ist, welche die Möglichkeiten bietet, Termine und Inhalte zu diskutieren und zu erarbeiten sowie Informationen zu verbreiten und zu teilen. Dabei soll auf keine teure Eigenentwicklung zurückgegriffen werden.

Begründung:

Aus datenschutztechnischer und organisatorischer Hinsicht ist es ein nicht haltbarer Zustand, dass wir als Parteibasis zur Erledigung unserer Arbeit in den Vorständen, Ortsvereinen und AGen private Firmen mit unseren Nutzungsdaten bezahlen müssen, wenn wir bspw. Termine über Doodle abstimmen, „interne“ Diskussionsplattformen über Facebook und Mailinglisten, bereitgestellt von Google, nutzen.

Wir brauchen eine eigene digitale Infrastruktur, die unsere Arbeit organisatorisch erleichtert, dadurch effizienter und auch effektiver gestalten kann. Dafür sollen schnellst möglich die technischen und personellen Voraussetzungen geschaffen und die notwendigen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden.

Votum der Antragsprüfungskommission: Annahme

Antragsbereich D/ Antrag 1

Bezirk Hessen-Süd

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion

Verankerung der Studiengebührenfreiheit in der Hessischen Verfassung

1. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich im Zuge der Diskussion um eine Reform der Hessischen Verfassung dafür einzusetzen, dass die Studiengebührenfreiheit in der Hessischen Verfassung zweifelsfrei verankert wird.
2. Hierzu käme eine Ergänzung des Art. 59 Abs. 1 HV in Betracht. Nach dem derzeitigen Satz 1 könnte eingefügt werden: „Die Erhebung von Studiengebühren ist unzulässig.“

BAföG-Reform endlich anpacken!

Die SPD-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition und die SPD-geführten Landesregierungen im Bundesrat werden aufgefordert, zügig auf eine substantielle BAföG-Reform hinzuwirken. Die Mittel hierfür sind zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Die substantielle Reform des BAföG soll insbesondere folgende Aspekte beinhalten:

1. Eine angemessene Anhebung der Bedarfssätze sowie der Freibeträge zusammen mit einem Mechanismus der automatischen Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge an die Entwicklung von Preisen und Einkommen.
2. Minijobs bis 450 Euro zukünftig nicht mehr bei der Bedarfsermittlung anzurechnen.
3. Eine Anhebung der Altersgrenzen für Anspruchsberechtigte, um Sonder- und Härtefälle angemessen zu berücksichtigen.
4. Eine gezielte Berücksichtigung auch von Teilzeitstudiengängen – insbesondere auch für Studierende mit Kindern sowie bei berufstätigen Studierenden.
5. Die Förderung der Übergangszeit zwischen Bachelor-Abschluss und dem Beginn eines Master-Studiums. Die Lücke zwischen Bachelor- und Master-Studium muss endlich geschlossen werden.
6. Die Verwaltungsvereinfachung des Antrags- und Bewilligungsverfahrens bis hin zu einer verständlicheren Gestaltung der BAföG-Bescheide.
7. Die umfängliche Erstattung von Overheadkosten an die Studentenwerke für die Durchführung des BAföG. Hierfür ist eine Neubemessung der Pauschalen erforderlich.

Im Zuge der BAföG-Reform soll ebenso die Stärkung des Schüler-BAföG konzeptionell neu gefasst werden: Hierbei ist von besonderer Bedeutung, dass eine Perspektive aufgezeigt wird, das Schüler-BAföG als ein Instrument des sozialen Ausgleichs weiterzuentwickeln. So soll auch in Zukunft sichergestellt werden, dass Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien der Besuch einer Schule der Sekundarstufe II nicht aus finanziellen Gründen versperrt bleibt. Das Absinken der Gefördertenquote im Vergleich zu 2010 ist ein Alarmsignal und verpflichtet zum Handeln. Mit einem Schüler-BAföG, das seinen Namen verdient, soll die Chancengleichheit in der schulischen Bildung verbessert und die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten auch von Kindern aus einkommensschwächeren Familien erhöht werden.

Ferner sollen Bund und Länder ein länderübergreifendes, funktions- und leistungsfähiges BAföG-EDV-System implementieren.

Der „Pakt für den Nachmittag“ ist eine Mogelpackung

Der Ausbau des „Paktes für den Nachmittag“ soll nach dem Willen der schwarz-grünen Landesregierung im Schuljahr 2015/16 in Kassel, Frankfurt und Darmstadt sowie den Kreisen Darmstadt-Dieburg, Bergstraße und Gießen beginnen. Ein Jahr später soll der Pakt auf das ganze Land ausgeweitet werden. Laut „Pakt“ soll es für Grundschüler zwischen 07.30 und 17.00 Uhr ein „Bildungs- und Betreuungsangebot“ geben, das vor allem berufstätige Eltern entlasten soll. Das Betreuungsangebot ist freiwillig – die Kommunen müssen aber für die drei Nachmittagsstunden die finanzielle und organisatorische Verantwortung übernehmen.

Zielsetzung für eine verlässliche Ganztagsgrundschule muss die Integration der Jugendhilfeangebote im Betreuungsbereich in die Grundschule sein. Dieser „Pakt“ ist eine weitere Variante im Dschungel der schulischen Betreuungsangebote: Hort, Schulkinderhäuser, „Betreute Grundschule“, Ganztagsangebot, rhythmisierte Ganztagschule usw. Dieser „Dschungel“ an Betreuungsvarianten in der Grundschule ist für Eltern nicht mehr durchschaubar. Dieser Pakt hat keine klare Zielsetzung und ist ein Mix an Zuständigkeiten.

Forderungen:

1. Wir brauchen ein quantitatives und qualitatives Bildungsangebot, das junge Menschen fördert und für die Eltern ein verlässlicher Partner im Rahmen von Bildung und Betreuung ist.
2. Zudem ist es notwendig, die Ressourcen der Schule und der Jugendhilfe für ein einheitliches Bildungs- und Förderangebot zu bündeln.
3. Der Parteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, die Einführung eines Rechtsanspruchs für Kinder auf den Besuch einer rhythmisierten und kostenfreien Ganztagsgrundschule sowie für Ferienzeitbetreuung zu prüfen.
4. Der Parteitag fordert von der Hessischen Landesregierung den Ausbau von rhythmisierten Ganztags(grund)schulen im Profil 3.
5. Darüber hinaus fordert der Parteitag den schrittweisen Ausbau von Ganztagschulen im SEK I –Bereich.

Resolution: **Echte Wahlfreiheit durch individuelle Wege statt Zersplitterung des Schulsystems**

Der Parteitag kritisiert, dass die schwarz-grüne Landesregierung zentrale Entscheidungen auf untere Ebenen abschiebt und die eigene Entscheidungsschwäche als Mitsprache der Schulen und Eltern verkauft.

Die Versprechungen der schwarz-grünen Wahlfreiheit und der Mitsprache erwecken Erwartungen, die nicht erfüllt werden können. Die Folge sind Unfrieden und Frustration unter den Schülerinnen und Schülern, unter den Eltern und in den Kollegien und Schulleitungen. Gerade Letztere wurden im vergangenen Jahr besonders belastet und allein gelassen. Sie mussten nicht selten die Kritik dafür einstecken, dass sie und die schulischen Gremien den von der Landesregierung vorgeschlagenen Weg zur Rückkehr laufender G8-Jahrgänge zu G9 nicht für pädagogisch sinnvoll, die Folgen einklassiger Jahrgänge nicht für vertretbar und die Umsetzung des Rückkehrmodells durch zu hohe Hürden nicht für umsetzbar hielten.

Bestes Beispiel ist die angebliche Wahlfreiheit zwischen dem G8- und G9-Abitur, das faktisch nicht überall in Hessen realisierbar ist. Weder war die Rückkehr der laufenden G8-Jahrgänge zu G9 – von wenigen Ausnahmen abgesehen – von Erfolg gekrönt, noch bestehen in zumutbarer Entfernung überall in Hessen G9-Angebote ab der 5. Klasse zur Verfügung. Heute scheint es schwerer zu sein, innerhalb Hessens umzuziehen, als von Bundesland zu Bundesland.

Das parallele Angebot von G8 und G9 führt zu einer weiteren Zersplitterung des Schulsystems, das für Eltern und ihre Kinder in all seinen Wegen inklusiver aller Endstationen und Umsteigebahnhöfe immer unüberschaubarer wird. Mit den klassischen drei Schulformen, den kooperativen und integrativen Gesamtschulen sowie Verbundsystemen wie der Mittelstufenschule, der Förderstufe und den Förderschulen mit all ihren Förderschwerpunkten sowie allen Angeboten der beruflichen Schulbildung gleicht der Aufbau des hessischen Schulwesens einem Irrgarten.

Anstatt der UN-Behindertenrechtskonvention folgend ein echtes inklusives Schulsystem zu schaffen, leistet Hessen derzeit der Desintegrität des Schulsystems weiter Vor-schub.

Die soziale Spaltung des Schulsystems wird weiter zunehmen. G8-Gymnasien werden überwiegend von den Schülerinnen und Schülern besucht werden, deren Eltern die notwendige Unterstützung zum erfolgreichen Absolvieren der verkürzten Gymnasialzeit selbst leisten oder zumindest finanzieren können.

Verschärft wird dies dadurch, dass die Fahrtkosten der Schülerinnen und Schüler lediglich bis zum nächsten gymnasialen Angebot übernommen werden, nicht aber bis zum gewünschten G8- bzw. G9-Angebot. Unter Schwarz-Grün herrscht in Hessen höchstens Wahlfreiheit nach Kassenlage.

Die SPD Hessen fordert gleichwertige Bildungsangebote im ganzen Land

Wir stehen zu unserer Forderung der flächendeckenden Rückkehr zu G9 in der Mittelstufe.

Wir wollen eine echte Wahlfreiheit für Schülerinnen und Schüler, die überall in Hessen realisierbar ist und die sich jede und jeder leisten kann.

Wir wollen ein echtes inklusives Schulsystem, das sich durch maßgeschneiderte Wege mit einem Höchstmaß an individueller Förderung auszeichnet.

Den Schülerinnen und Schülern, die den Weg zum Abitur verkürzen wollen, müssen individuelle Wege angeboten werden. Unser Ziel bleibt eine modularisierte Oberstufe, die in zwei, drei oder vier Jahren durchlaufen werden kann, je nachdem, wie sich der Lernstand der Schülerin / des Schülers darstellt und je nachdem, wie sie / er sich den Weg zum Abitur aufgrund äußerer Rahmenbedingungen oder eigener Ziele vorstellt.

Bis eine solche modularisierte Oberstufe KMK-konform eingeführt werden kann, wollen wir alle Schülerinnen und Schüler, die die Schulzeit verkürzen wollen, durch Überspringerkurse in der Klasse 10 in die Lage versetzen, auf die 11. Jahrgangsstufe zu verzichten.

Diese Flexibilisierung auf dem Weg zum Abitur ist neben der flexiblen Eingangsstufe ein Baustein in unserem Leitbild schulischer Bildung, das sich vor allem durch individuelle Wege auszeichnet.

Schülerinnen und Schüler müssen jederzeit den Wohnort innerhalb Hessens wechseln können und überall eine Schule in erreichbarer Nähe vorfinden, wo sie ihren begonnen Bildungsweg nahtlos fortführen können.

Von einer höchstmöglichen individuellen Förderung profitieren alle Schülerinnen und Schüler: von den Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen bis hin zu denjenigen mit besonderen Begabungen.

Antragsbereich D/ Antrag 8

Bezirk Hessen-Süd

*Empfänger:
SPD-Landtagsfraktion*

Einführung einer Bildungsberichterstattung durch das Bundesland Hessen

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich im parlamentarischen Diskurs für eine Beteiligung des Landes Hessen an einer datengestützten empirischen Bildungsberichterstattung für das Bundesland Hessen (öffentliches und privates Bildungswesen) einzusetzen.

Antragsbereich D/ Antrag 9

*Unterbezirk Offenbach-Stadt
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:
SPD-Landesvorstand
SPD-Landtagsfraktion
SPD-Parteivorstand*

Finanzierung von Schulsozialarbeit

Der SPD-Landesverband Hessen spricht sich gegen die Kürzung der Finanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land Hessen aus. Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für die anteilige Kostenübernahme durch das Land an der Finanzierung von Schulsozialarbeit einzusetzen.

Antragsbereich D/ Antrag 10

*Unterbezirk Kassel-Stadt
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:
SPD-Landtagsfraktion*

Flächendeckendes Angebot des Faches Religion für muslimische Schüler*innen in deutscher Sprache

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Religionsunterricht für muslimische Schüler*innen im Rahmen von Lehrplänen der Schulen des Landes Hessen flächendeckend, mindestens in den Primarschulen, angeboten wird. Hierfür sollen die geeigneten Lehrkräfte im Rahmen der berufsbegleitenden Maßnahmen an den Universitäten weitergebildet werden.

Dezentrale Energiewende

Der SPD-Landesverband Hessen sieht folgende Punkte als untrennbar mit einer demokratisierenden, dezentralen Energiewende verbunden.

1. Der dezentrale Ausbau der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK-Anlagen) muss weiter und stetig vorangetrieben werden.
2. Wir benötigen eine neue Energiemarktordnung, die den weiteren Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien im gesamten Land fördert.
3. Wir fordern, dass die EEG-Novelle so angelegt wird, dass der Ausbau der Windkraft an Land als günstigste aller Arten der Stromerzeugung auch an guten Standorten im Rheingau-Taunus-Kreis, in Hessen und im gesamten Binnenland weiter für Akteure, wie Energiegenossenschaften, Kommunen in Form von Eigenbetrieben, Stadtwerke, regionale Banken und Sparkassen sowie klein- und mittelständische Investoren wirtschaftlich interessant gehalten und nicht durch eine Deckelung der Ausbaugrößen gemindert wird.
4. Gleiches muss für Biogasanlagen gelten, die vorwiegend mit tierischen und pflanzlichen Abfällen betrieben werden und denen aufgrund ihrer Regelbarkeit eine besondere Bedeutung für die Versorgungssicherheit zukommt und somit ebenso wie BHKWs plansicher einspeisen können.
5. Wir fordern, dass das Ausschreibungsmodell – wie in dem vom SPD-Mitgliederentscheid mit großer Mehrheit befürworteten Koalitionsvertrag beschrieben (S.54) – nicht ohne eingehende Prüfung und Nachweis der Unschädlichkeit für die Ausbauziele und den Erhalt vielfältiger Akteure am EE-Markt mittels Pilotprojekt und nicht vor 2018 eingeführt wird.
6. Das EEG ist Garant für regionale Wertschöpfung und kann elementar zur Bewältigung der Anforderungen des Schutzschirms des Landes Hessen an betroffene Kommunen beitragen und muss daher die Förderung von On-shore Windkraftanlagen und die Beteiligungsmöglichkeit der Kommunen fördern.
7. Wir fordern, dass das Ziel der Vorhaltung von 2% der Landesfläche für Windkraft in Hessen nicht durch restriktive Einschränkungen auf der raumordnungsrechtlichen Ebene (Landesentwicklungs- und Regionalplanung) konterkariert wird.

8. Zudem sollen zu Gunsten Erneuerbarer Energien, bei Neubauten oder Sanierungen innerhalb geschützter Ensembles (Denkmalpflege, Weltkulturerbe) Abwägungen zu Gunsten der Verbreitung Erneuerbarer Energien getroffen werden.

9. Wir fordern, dass sich die Bundesregierung und im Besonderen Energieminister Sigmar Gabriel mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass eine dezentrale Energiewende auch auf europäischer Ebene durch die EU-Kommission pro aktiv verfolgt wird.

10. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich deutlich von Fracking in Deutschland zu distanzieren.

Antragsbereich E/ Antrag 6

Bezirk Hessen-Nord

Empfänger:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteikonvent

SuedLink-Trasse

1. Der SPD-Landesparteitag begrüßt grundsätzlich die Vereinbarungen der Koalitionsspitzen von CDU/CSU und SPD vom 1. Juli 2015 zum Netzausbau. Zahlreiche Gespräche von Vertretern der hessischen SPD, das Engagement der Kreise, Städte und Gemeinden entlang der Strecke sowie zahlreicher Bürgerinitiativen haben dazu geführt, dass weitreichende Änderungen vereinbart wurden.
2. Der Landesparteitag begrüßt, dass ihre Forderung nach einer kontinuierlichen Bedarfsüberprüfung aufgenommen wurde.
3. Bei nachgewiesenem Bedarf sind zur Steigerung der Akzeptanz die gesetzlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Erdkabel deutlich zu erleichtern. Grundsätzlich ist SuedLink als Erdkabel und nur in Ausnahmefällen als Freileitung zu führen. Die Mehrkosten sind - wie im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) vorgesehen - auf alle Netzbetreiber umzulegen. Alternativ ist ein hessisches Erdkabel-Gesetz nach niedersächsischem Vorbild auf den Weg zu bringen.
4. Der Landesparteitag fordert klare Abstandsregelungen, die bundeseinheitlich vorgegeben sind. Alternativ sind diese - wie in Niedersachsen - im Landesentwicklungsplan (LEP) festzulegen.
5. Der Landesparteitag begrüßt die Rücküberweisung der Tennet-Antragsunterlagen mit der substantiellen und berechtigten Kritik der Bundesnetzagentur.
6. Der Landesparteitag kritisiert die bisherige Informationspolitik des Vorhabenträgers Tennet in Bezug auf SuedLink. Die durchgeführten Dialogverfahren und die Informationspolitik gegenüber den Kommunalpolitikern und Bürgern vor Ort waren nicht geeignet, um für mehr Transparenz zu sorgen.
7. Der Landesparteitag erwartet, dass die im Rahmen der Bundesfachplanung anstehenden Antragskonferenzen so zu gestalten sind, dass die betroffenen - insbesondere kleinen - Kommunen bei der Einbringung ihrer Belange unterstützt werden und der lokale Sachverstand vorgebracht werden kann. Dafür sind die Antragskonferenzen auf Ebene der Landkreise durchzuführen. Die Antragsunterlagen sind so aufzuarbeiten, dass die Planungen für die jeweilige Teilregion auch für Nichtfachleute überschaubar und nachvollziehbar dargestellt werden.

8. Der Landesparteitag fordert, dass bei großen Infrastrukturen künftig staatliche Stellen selbst planen und nicht wie im Falle des Netzausbaus private Dritte die Planung vornehmen. Nur so kann verhindert werden, dass der Eindruck erweckt wird, die Pläne seien in erster Linie am wirtschaftlichen Interesse der Vorhabenträger und nicht primär am Gemeinwohl verpflichtenden Gesamtinteresse ausgerichtet.

9. Der Landesparteitag fordert, dass die neuesten Technologien wie z.B. die Power-to-Gas-Technologie in das Planungsverfahren einbezogen werden. Die Power-to-Gas-Technologie wird als kleinere Einheit bereits eingesetzt. Damit kann die Windkraft aus dem Norden als Gas in das bestehende Gasnetz eingespeist werden und kann damit auch als Speicher genutzt werden.

10. Der Landesparteitag begrüßt das Engagement des Landkreises Kassel und unterstützt die Forderungen der über 20 Landkreise entlang der möglichen SuedLink-Trasse, die diese in der 'Hamelner-Erklärung' festgeschrieben haben.

11. Der Landesparteitag erwartet, dass auch geologische und geografische Alternativen geprüft werden.

12. Der Landesparteitag der SPD Hessen unterstützt die Entscheidung, dass für den Ausbau der HGÜ-Stromnetze vorrangig die Erdverkabelung genutzt werden soll. Die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger, Natur und Landschaft können damit geringer gehalten werden.

13. Der Landesparteitag der SPD Hessen lehnt zusätzliche Trassenführungen in Hessen aus Entlastungsgründen für Bayern ab. Am bisherigen Trassenverlauf und an der gemeinsamen Bündelung der Leitungen von Brunsbüttel nach Großgartach und von Wilster nach Grafenrheinfeld muss grundsätzlich festgehalten werden.

Perspektiven für den Flughafen Frankfurt und die Region

Einleitung/Einordnung

Die Flughafenpolitik der hessischen SPD ist verantwortungsorientiert. Damit grenzen wir uns bewusst von denen ab, die die positiven wirtschaftlichen Wirkungen des größten deutschen Verkehrsflughafens negieren, aber auch gegenüber denjenigen, die Belastungen der Bevölkerung durch den Flugbetrieb seit Jahren herunterspielen.

Eine verantwortungsorientierte Flughafenpolitik im Sinne der hessischen Sozialdemokraten bedeutet, dass konsequent alles getan wird, was auf landespolitischer Ebene zur Verringerung des Lärms und zum Ausgleich von Lasten durch den Flugbetrieb möglich ist. Der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren genießt dabei selbstverständlich vorrangige Bedeutung.

Weil der Flughafen große wirtschaftliche Bedeutung für die Region und unser Land hat, ist es Aufgabe einer verantwortungsorientierten Flughafenpolitik dafür zu sorgen, dass die zahlreichen Unternehmen der Luftverkehrswirtschaft am Flughafen, die bedeutsame Arbeitsstätten sind, entwicklungsfähig bleiben und im Wettbewerb keine gravierenden Benachteiligungen erfahren.

Flughafenpolitische Verantwortungsorientierung muss fortwährend die Entwicklung der rechtlichen, wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Blick haben, um wirksame Maßnahmen zum Schutz vor Fluglärm entwickeln und konsequent umsetzen zu können.

Die Position der hessischen SPD zum Frankfurter Flughafen will und kann folglich nicht statisch sein. Wir werden uns nicht wie andere politische Kräfte auf Grundsatzpositionen zum Flughafen zurückziehen, die entweder Probleme ignorieren oder aber Forderungen beinhalten, die weder in rechtlicher noch in politischer Hinsicht Realisierungschancen haben.

Wir Sozialdemokraten wollen engagiert all denjenigen, die vom Flughafen leben oder von ihm durch Lärm betroffen sind, zeigen, was realisierbar möglich ist, um den Weltflughafen inmitten des Ballungsraumes Rhein-Main so leise wie möglich zu betreiben, ohne seine wirtschaftliche Bedeutung zu gefährden.

Ausgangslage

Die Anlagen und der Betrieb des Flughafens Frankfurt haben die Metropolregion FrankfurtRheinMain mit geprägt durch ein hervorragendes Angebot an Flugverbindungen für die Bewohner und die Wirtschaft der Region und mit beachtlichen Beiträgen zur Wohlstandsmehrung (Arbeits- und Ausbildungsplätze, Wertschöpfung, An-

siedlung von Unternehmen). Gleichzeitig hat der Flughafen durch Erweiterungen naturbelassene Flächen der Rhein-Main -Region in Anspruch genommen und durch den Flugbetrieb erhebliche Belastungen für die Bewohner bewirkt.

Im Bewusstsein dieser Doppelstellung hat sich die rot-grüne Landesregierung unter Hans Eichel in der Wahlperiode 1995-1999 für ein Mediationsverfahren entschieden. Am Ende stand ein 5-Punkte-Plan, dessen einzelne Bestandteile untrennbar miteinander verbunden sein sollten. Das Mediationsergebnis bestand aus den Komponenten Optimierung des Systems, Kapazitätserweiterung durch Ausbau, Nachtflugverbot, Anti-Lärm-Pakt und dem Regionalen Dialogforum. Wir haben die abgewogene Entscheidung der Mediationsgruppe zur Entwicklung des Frankfurter Flughafens begrüßt und als einzige Partei bis heute mitgetragen und verteidigt. Ein Mediationsverfahren kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn die dort geweckten Erwartungen eintreffen und die gemachten Zusagen eingehalten werden. Die Schutzmaßnahmen des Mediationsergebnisses sind bis heute nicht vollständig umgesetzt. Wir Sozialdemokraten haben daher die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen entwickelt, die auf verschiedenen Handlungsebenen dazu beitragen, dass dem Ausgleichsgedanken der Mediation endlich hinreichend Rechnung getragen werden kann.

Die generelle Zielsetzung für die Entwicklung des Flughafens muss darin bestehen, die Vorteile für die Region (regionalwirtschaftliche Wirkungen) zu erhöhen und die Belastungen langfristig zu begrenzen.

Die Entwicklung des Flughafens vollzieht sich auf der Grundlage der Regelungen im Planfeststellungsbeschluss. Dabei müssen Spielräume, die sich aus dem Beschluss ergeben, zur Begrenzung der Belastungen genutzt werden. Die Landesregierung muss über Initiativen im Bundesrat die Rahmenbedingungen in den bundesgesetzlichen Vorgaben verändern.

Forderungen/Maßnahmen

Handlungsebene Land:

Wir wollen zur Lärminderung:

- eine rechtssicher festsetzbare Lärmobergrenze, die Grenzen der Lärmbelastung regional sowie lokal bestimmt und zugleich die Entwicklungsfähigkeit des Flughafens gewährleistet. Hier schließen wir uns ausdrücklich der Fluglärmkommission Frankfurt an, die konkrete Anforderungen an die Ausgestaltung einer wirksamen Lärmobergrenze formuliert hat.
- ein intelligentes Anreizsystem für Airlines, das dazu beiträgt, dass die Luftverkehrsgesellschaften:
 - neue lärmarme Technologien von den Flugzeugherstellern abfordern,
 - ältere, lautere Flugzeuge früher als geplant ausmustern,
 - Bestandsflugzeuge mit Umrüstkits zur Lärmreduzierung ausstatten,
 - ihre Flotte mit neuester satellitengestützter Navigationstechnik ausrüsten, um Siedlungsgebiete umfliegen oder höher überfliegen zu können.

Hierfür wollen wir die lärmabhängige Komponente des Start-/Landeentgelt-systems optimieren und dabei auch die navigatorische Ausstattung der Flug-zeuge mit einbeziehen.

- eine verbesserte Ausstattung und Stärkung der Gremien, die mit der Entwick-lung von aktiven Schallschutzmaßnahmen für den Flughafen Frankfurt be-fasst sind.
- die durch das Nachtflugverbot von 23.00 – 05.00 Uhr gewonnene nächtliche Ruhephase weiter optimieren. Wir streben ein „Nachtflugverbot + an. Jede Viertelstunde zählt“. Jeder zeitliche Zugewinn an lärmfreien Erholungspha-sen innerhalb des Nachtzeitraumes erscheint uns wichtig. Deshalb wollen wir unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen die verbliebenen Nachtflugbewegungen dahingehend prüfen, ob zeitliche Verlagerungen in den Tagzeitraum möglich sind.

Wir wollen zum Lastenausgleich:

- eine Weiterentwicklung des Regionalfonds zur Kompensation von Lasten, die der Bevölkerung sowie den Kommunen durch den intensiven Flugbetrieb am Frankfurter Flughafen entstehen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass Ausgleichsleistungen verstetigt werden, um auf dauerhaft bestehende Las-ten, wie Aufwand für technischen Schallschutz und negative sozialstruktu-relle Entwicklungen, nachhaltig einwirken zu können.
- ein Immobilienmanagement in den besonders stark belasteten Wohngebie-ten im Umfeld des Flughafens installieren, das es Bewohnern von selbstge-nutzten Wohnimmobilien erleichtert, ohne finanzielle Einbußen in ruhigere Gebiete umzuziehen.

Wir wollen zur Stärkung des Dialogs zwischen Land, Luftverkehrswirtschaft und Flug-lärbetroffenen:

ein auf demokratischen Grundsätzen basierendes Dialoggremium einrichten, das die Weiterentwicklung von Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm mit hinreichender Ressourcenausstattung vorantreiben kann.

Handlungsebene Bund/ Europa/ International:

Wir wollen zur Erreichung wirksamer gesetzlicher Schutzgrundlagen:

- Änderungen des Luftverkehrsgesetzes bewirken,
 - die aktivem Schallschutz Vorrang vor passivem Schallschutz einräumen
 - die die Deutsche Flugsicherung verpflichten, den Lärmschutz sowohl nachts als auch tags zwingend bei der Planung von Flugverfahren zu be-rücksichtigen und damit stärker als bisher gegenüber dem Kapazitätsas-pekt gewichten

- die alle Akteure der Luftverkehrswirtschaft über ein Lärmminimierungsgebot verpflichten, die jeweils lärmärmsten Verfahren und technischen Möglichkeiten zur Anwendung zu bringen.
- Wir setzen uns für ein abgestimmtes nationales und europäisches Flughafen-system ein, das die Menschen am Tag, vor allem aber in der gesetzlichen Nacht von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr endlich wirksam schützt.
- Änderungen des Fluglärmschutzgesetzes bewirken,
 - die eine faire und angemessene Berechnungsmethodik für die Festlegung der Schutzbereiche und die Bestimmung der Schutzmaßnahmen schaffen die wirksamen und zügig umsetzbaren passiven Schallschutz ermöglichen
 - die verbesserten Lösungen zur Be- und Entlüftung von Schlaf- und Wohn-räumen vorsehen.
- Erstellung und Anwendung eines nationalen Mobilitätskonzeptes zur besse- ren Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger, dadurch sollen u. a. mehr innerdeutsche Kurzstreckenflüge auf die Schiene verlagert werden.

Wir wollen darüber hinaus:

- eine dauerhafte und hinreichende Bereitstellung von Forschungsmitteln zur Weiterentwicklung von:
 - technischem Lärmschutz am Flugzeug
 - lärmindernden An- und Abflugverfahren
- eine verbesserte Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Festlegung von Flug- verfahren gemäß UBA-Gutachten.
- Überprüfung der Grenzwerte zum Schutz der Gesundheit unter Berücksichti- gung von Erkenntnissen der Lärmwirkungsforschung/ der Medizin (z.B. der NORAH - Studie)
- eine Internationalisierung wirksamer Fluglärmschutzpolitik zumindest auf europäischer Ebene erreichen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und dem Gesundheitsschutz auf EU-Ebene den erforderlichen Stellenwert verschaffen zu können

Handlungsebene Fraport:

Fraport muss auf Dauer mehrheitlich im staatlichen Eigentum verbleiben. Daraus ergibt sich sowohl eine besondere Verantwortung zur Begrenzung der Belastungen

in der Region als auch für die Quantität und Qualität der Arbeitsplätze. Die personalintensiven Geschäftsfelder müssen auch zukünftig vom Unternehmen selbst übernommen werden.

*Antragsbereich E/ Antrag 11
Unterbezirk Darmstadt-Stadt
(Bezirk Hessen-Süd)*

LKW-Maut auch für Fernbusse

Die SPD setzt sich für die Erweiterung der LKW-Maut für Fernbusse ein.

Kostenlose ÖPNV-Angebote

Die SPD bittet die Aufsichtsratsmitglieder des NVV und des RMV dazu auf, Kosten- und Nutzenrechnungen über kostenlose ÖPNV-Angebote anzufertigen.

Dabei soll nach Verkehrsräumen unterschieden werden:

Regionale Oberzentren wie Kassel, Fulda und Marburg regionale Zentren wie z.B. Eschwege, Bad Hersfeld und Korbach und Gemeinden und Städte, die keine regionale Zentrumsfunktionen haben sowie Überlandstrecken.

Im Fokus sollen die Kosten für die hundertprozentige kommunale Finanzierung sowie die Entlastung der Kommunen vom Individualverkehr stehen.

Antragsbereich E/ Antrag 14

*Unterbezirk Rheingau-Taunus
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:
SPD-Parteivorstand*

Nur dauerhaft und deutlich steigende Löhne in Deutschland können den Euro retten

Bundeswirtschaftsminister Gabriel wird aufgefordert, ein „Bündnis für europäischen Frieden, Wohlstand und den Euro“ (analog zum Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit 1998-2003) zu initiieren. Unter Einbindung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite ist eine konzertierte Aktion durchzuführen, sodass das außenwirtschaftliche Gleichgewicht im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Ziele des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG, 1967) sowie Art. 109 (2) GG wiederhergestellt wird, dies soll maßgeblich durch langfristig und deutlich steigende Löhne geschehen.

Antragsbereich E/ Antrag 19

*Unterbezirk Rheingau-Taunus
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:
Kommunale Spitzenverbände
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktion*

Die neue ÖPP/PPP-Privatisierungsoffensive beenden!

- 1) Bundeswirtschaftsminister Gabriel wird aufgefordert, die seit dem 28. August 2014 eingesetzte „ÖPP/PPP-Expertenkommission“ aufzulösen sowie die zur Durchführung der bisherigen Sitzungen angefallenen Kosten offenzulegen.
- 2) Auch andere strukturelle, gesetzmäßige und haushaltsrechtliche Privilegierungen des ÖPP/PPP-Privatisierungsmodells über den bestehenden Rechtsrahmen hinaus werden grundsätzlich abgelehnt.
- 3) Die öffentlichen Gesellschafteranteile der ÖPP Deutschland AG (57% in Staatsbesitz, Gesellschafter: Bund, Land Hessen, Land Mecklenburg-Vorpommern, Land Nordrhein-Westfalen, Land Schleswig-Holstein, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) sind abzustoßen.

Duale Ausbildung attraktiver gestalten

Die berufliche Bildung in Deutschland hat eine abwechslungsreiche Geschichte. Ende des 19. Jahrhunderts wurde die bisher durch die Stände organisierte Ausbildung durch staatliche berufliche Schulen ergänzt. Der duale Ansatz des Ausbildungssystems war etabliert. Die politische Motivation des damaligen Kaisers Wilhelm II. war es, durch den verlängerten Zugriff auf die jungen Lernenden, den Ideen des Sozialismus und Kommunismus entgegenzutreten. Zu Zeiten der Weimarer Republik wurde das berufliche Bildungssystem ausgebaut. Der Schulanteil wurde vermehrt zur Vermittlung von theoretischem Wissen genutzt. Die Funktion der Propaganda und Indoktrination wurde zu Zeiten des Nationalsozialismus erneut aufgegriffen. Erst nach der Niederlage und Befreiung konnte sich in der DDR wie der BRD das berufliche Bildungssystem in der Stärke ausbilden, wie wir es kennen. In den letzten Jahrzehnten hat das duale Ausbildungssystem für gut ausgebildete FacharbeiterInnen gesorgt, die mit ihrem Fachwissen für einen hohen Qualitätsstandard der Produkte einstehen. Seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert erodiert das berufliche Bildungswesen langsam, aber stetig. Die Zahlen der Ausbildungsplätze nehmen ab, die Anzahl der Abschlüsse werden geringer. Wir sehen in der beruflichen Ausbildung eine wichtige Säule des inländischen und europäischen Wirtschaftswesens. Das duale System sorgt für eine breite Ausbildung, die von einzelnen Lehrbetrieben nicht abhängig macht, sie sorgt für gut ausgebildetes Personal, das entsprechend attraktiv entlohnt wird. Diese Stärke wollen wir weiter vorantreiben.

Auch in Hessen nimmt die Zahl der Ausbildungsverträge in den letzten Jahren kontinuierlich ab. Seit 1992 sind die gemeldeten Ausbildungsstellen von 43.722 auf 39.600, zurückgegangen. Hier müssen wir endlich gegensteuern. Das Ausbildungssystem ist dabei in geteilter Verantwortung von Bund und Ländern. Somit muss auch endlich die hessische Landesregierung auf die Entwicklung reagieren.

Mehr Übersichtlichkeit und einheitlich anerkannte Abschlüsse

Das berufliche Bildungssystem ist sehr vielfältig und lokal stark differenziert. An den Teilzeitberufsschulen werden über 320 anerkannte Berufe ausgebildet. Des Weiteren fasst das berufliche Bildungswesen in Hessen fünf weitere Schulformen (Berufsfachschule, Fachoberschule, berufliches Gymnasium, Höhere Berufsfachschule und die Fachschule) zusammen. Die Struktur in Hessen unterscheidet sich wiederum von den Schulstrukturen in anderen Bundesländern. Auch die Ausgestaltung der Bildungsgänge ist wieder differenziert. Ein staatlich geprüfte/r InformatikerIn kann in Hessen

zu seiner/ihrer 12-monatigen Ausbildung nur mit einer allgemeinen Hochschulreife zugelassen werden, in Niedersachsen dauert die Ausbildung hingegen 24 Monate und kann jedoch mit der Fachhochschulreife begonnen werden. Das Wirrwarr der Bildungsgänge verunsichert die jungen Lehrenden und irritiert die Betriebe. Die Kultusministerkonferenz muss hier für mehr einheitliche Rahmen und Vergleichbarkeit sorgen. Nur so können Diskriminierungen aufgrund lokaler Herkunft ein Ende finden.

Wer mehr Ausbildung möchte, muss sie attraktiver gestalten!

Die Zahl der Ausbildungsverträge nimmt in Hessen wie in der gesamten BRD stetig ab. Wenn wir weiterhin ein starkes System der Ausbildung und damit verbunden der qualifizierten FacharbeiterInnen wollen, dann muss dafür gesorgt werden, dass zum einen genügend Ausbildungsplätze vorhanden sind und zum anderen Ausbildung sowie anschließende berufliche Stellen attraktiver ausgestaltet werden. Die sozialdemokratische Partei, deren Ursprung in der ArbeiterInnenbewegung liegt, muss gerade für diese Punkte eintreten.

1992 wurden bundesweit noch 721.000 Ausbildungsstellen angeboten. Im letzten Jahr waren es kaum noch 560.000. Diese Entwicklung ist nicht neu. Auch die politische Antwort ist schon alt, aber richtig. Wer als Betrieb nicht ausbildet, muss mit Ausbildungsbetrieben solidarisch sein und eine Ausbildungsabgabe bezahlen. Mit dieser Abgabe werden Ausbildungsbetriebe finanziell für ihr Engagement in der beruflichen Bildung unterstützt.

Zugleich sinkt aber auch die Zahl der NachfragerInnen nach Ausbildungsplätzen. 1992 wollten noch 608.000 Menschen eine Ausbildung beginnen, 2014 etwas mehr als 540.000 Personen. Hingegen ist die Zahl der Studienanfänger von 1995 (262.000) bis 2013 (508.000) fast um das Doppelte gestiegen. Immer mehr Menschen ziehen ein Studium einer Ausbildung vor. Um der weiteren Erosion des Ausbildungssystems vorzubeugen, muss die Aufnahme einer Ausbildung deutlich attraktiver werden. Um dies zu ermöglichen fordern wir:

- eine Mindestausbildungsvergütung von 500€ pro Monat (entspricht 2/3 der durchschnittlichen Vergütung von Auszubildenden im Jahr 2014). Die Höhe soll alle zwei Jahre durch eine Kommission anhand der allgemeinen Lohnentwicklung und Inflationsrate angepasst werden und darf den Vorjahreswert nicht unterschreiten.
- eine strenge Kontrolle der Einhaltung der Jugendschutzgesetze und des Berufsbildungsgesetz
- eine maximale Wochenarbeitszeit (inkl. Schulbesuch) von 35 Stunden.
- Grundlegendes Verbot der Nachtarbeit von Jugendlichen unter 18 Jahren
- mindestens 26 Tage Urlaub im Jahr

Auch nach der Ausbildung muss die Aufnahme einer Arbeit attraktiver werden. Eine höhere Attraktivität drückt sich in Form des Lohns und der Arbeitsbedingungen aus. Um dies zu erreichen, müssen die Gewerkschaften wieder deutlich gestärkt werden. Im Jahr 2014 stiegen die Tariflöhne real um 2,7% an, alle Löhne jedoch nur um 1,8%.

Daher müssen wir uns auch auf die gewerkschaftliche und betriebliche Mitbestimmung konzentrieren:

- Tarifverträge werden zwischen Gewerkschaften und ArbeitgeberInnenvereinigungen ausgehandelt und gelten entsprechend nur in Betrieben, die auch in ArbeitgeberInnenvereinigungen organisiert sind. Die Zahl der organisierten Betriebe ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Entsprechend hat auch die Zahl der Betriebe mit gültigen Tarifverträgen deutlich abgenommen. Um dem entgegenzuwirken muss die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen (gem. §5 TVG) häufiger Anwendung finden. Somit wollen wir die Betriebe wieder vermehrt zwingen sich in den ArbeitgeberInnenorganisation zu engagieren.
- Der Missbrauch von Werkverträgen muss umgehend beendet werden. Werkverträge dürfen nicht als Ersatz von Arbeitsverträgen eingesetzt werden. Einer solchen Umgehung betrieblicher Mitbestimmung ist entschieden entgegen zu treten, um die soziale Absicherung der Angestellten zu wahren.
- Die Rechte der Betriebsräte sind zu stärken, etwa ein Anhörungsrecht und Mitentscheidungsrecht bei einer Nichtverlängerung von befristeten Verträgen.

Nur durch attraktivere Arbeitsstellen für FacharbeiterInnen, werden auch wieder mehr Menschen eine Ausbildung anfangen. Der oft zitierte drohende Fachkräftemangel ist für uns SozialdemokratInnen die Chance die Arbeitsbedingungen von Auszubildenden und Angestellten endlich wieder einmal deutlich zu erhöhen.

Aufstiegschancen ermöglichen

Für viele Menschen war eine Ausbildung lange Zeit keine Sackgasse, sondern der erste Schritt zum Aufstieg. Diese Perspektive ist für viele Menschen nicht mehr wahrnehmbar. Durch den Europäischen und Deutschen Qualifikationsrahmen (kurz: EQR und DQR), ist die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung nicht gegeben. Eine abgeschlossene MeisterInnenlehre muss mit einem abgeschlossenen Bachelorstudium gleichgestellt werden. Eine abgeschlossene Ausbildung muss auch für ein Hochschulstudium qualifizieren. Jedoch wurden bei der Einführung des europäischen und deutschen Qualifikationsrahmen (EQR und DQR) einige Punkte ausgespart. So wurde der Abschluss des Abiturs nicht im DQR verankert. Der Grund war, dass es einen Streit darüber gab, ob das Abitur auf die gleiche Kompetenzstufe gestellt werden soll wie eine abgeschlossene Ausbildung, oder darüber. Zudem wird zu Recht kritisiert, dass nur formale Bildungsabschlüsse in dem DQR integriert sind, aber nicht informelle Bildung. Beide Punkte kritisieren wir. Für uns steht fest: allgemeine und berufliche Bildung ist gleichwertig, also auch das Abitur und eine Ausbildung, und informelle Bildung muss im Qualifikationsrahmen Berücksichtigung finden.

Wir wollen, dass das Abitur im DQR auf der gleichen Stufe wie eine Ausbildung verankert wird. Informelle Bildung soll eine Verankerung in den Qualifikationsrahmen erhalten und somit anerkannt werden.

Kein Abschluss ohne Anschluss – für ein Recht auf Ausbildung

Die berufliche Ausbildung ist, neben einem Hochschulabschluss, Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und damit von essenzieller Bedeutung für ein Leben in Würde. Es muss insofern Anspruch sozialdemokratischen Handelns sein, jedem Menschen die Möglichkeit der dualen Ausbildung zu eröffnen. Deshalb fordern wir einen effektiv durchsetzbaren Rechtsanspruch auf Ausbildung („Ausbildungsgarantie“). Der Staat hat hierbei die Rahmenbedingungen zu setzen um diesem Anspruch gerecht zu werden. Perspektivisch muss jedem ausbildungssuchenden Menschen mindestens ein seinen individuellen Bedürfnissen entsprechender Ausbildungsplatz gegenüber stehen. Soweit jedoch das Angebot an Ausbildungsplätzen im regulären dualen Ausbildungssystem noch nicht ausreicht, sind ergänzende Ausbildungsplätze bei überbetrieblichen und außerbetrieblichen Trägern sowie an Berufsschulen bereit zu stellen. Klar ist aber auch, dass diese Übergangslösungen jederzeit für den Wechsel in ein reguläres Ausbildungsverhältnis anschlussfähig sein müssen.

Ausbildung in der Fläche des Landes

Um eine ausreichende Anzahl an Ausbildungsplätzen nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich herzustellen, ist eine Meldepflicht für Ausbildungsplätze und Ausbildungsplatzsuchende einzuführen. Es ist zu prüfen, inwieweit die Steuerung der erforderlichen Anzahl von Ausbildungsplätzen auf Bundes-, Landes und Kommunalen Ebene unter Berücksichtigung ihrer Zukunftsfähigkeit sowie dem Qualifikationsbedarf die Berufsbildungsausschüsse übernehmen können.

Niemanden zurück lassen – für echte Nachqualifizierung

Bundesweit haben in etwa 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren keine Berufsausbildung. Diese Menschen werden in Zukunft besonders von sozialer Selektion durch Armut, Arbeitslosigkeit sowie gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffen sein. Gleichzeitig gehen zahlreiche Potentiale für unsere Gesellschaft verloren. Es braucht daher einen Marshallplan für eine umfassende berufliche Nachqualifizierung für Menschen ohne Berufsausbildung und Studienabschluss.

Inklusive Ausbildung ermöglichen

Wir wollen die Inklusion im Allgemeinen wie auch im beruflichen Bildungssystem vortreiben. Alle Menschen sollen die Möglichkeit einer dualen Ausbildung erhalten können. Daher fordern wir:

- Assistenzen sowie sozialpädagogische Betreuung und Angebote in der Ausbildung für Menschen mit Beeinträchtigung
- Qualifizierung von LehrerInnen und AusbilderInnen im Bereich der Förderpädagogik
- Barrierefreie Schulen
- Unterstützung zum Umbau von barrierefreien Betrieben
- Flexibilisierung der Ausbildung (längere Ausbildungszeiten, Zertifizierung von Teilkompetenzen)

Für die weitere Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft muss es gelingen, alle jungen Menschen eine duale Ausbildung zu ermöglichen. Dabei ist es auch eine politische Aufgabe, einen inklusiven Übergang in die Berufswelt zu schaffen. Für den Bereich eines inklusiven Arbeitsmarktes und Berufslebens müssen wir in unserer weiteren politischen Arbeit Antworten finden.

Berufliche Bildung ist eine der wichtigsten Säulen unseres Bildungssystems. Sie ermöglicht Bildung, Emanzipation und Teilhabe junger Menschen, befähigt FacharbeiterInnen zu einem weiteren Aufstieg durch Bildung und versorgt die Wirtschaft mit umfassend ausgebildeten Fachkräften. Dieses System gilt es zu erhalten und die Chance der aktuellen Erosion zu nutzen, um die Rahmenbedingungen für die Auszubildenden und Angestellten deutlich zu verbessern. Hier sind (das Bundesland) Hessen und der Bund zusammen gefordert.

Antragsbereich E/ Antrag 25

*Unterbezirk Odenwaldkreis
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:
SPD-Bundesparteitag*

Dosenpfand für alle Getränkedosen und Flaschen

Die SPD setzt sich für ein generelles Dosenpfand für alle auf dem Markt vorhandenen Getränkedosen und Flaschen ein.

Ausnahmeregelungen die das Pfand für bestimmte Dosen nicht vorsehen, z.B. aufgrund ihres Inhalts, werden beseitigt.

Rechte von Menschen mit Behinderung brauchen mehr politische Aufmerksamkeit und Teilhabe – der Umgang mit behinderten Menschen muss selbstverständlicher werden!

Zum fünften Jahrestag der UN-Behindertenrechtskonvention wird festgestellt, dass die zentrale Forderung der Konvention, die Inklusion, also die gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, dringend auch in Hessen umgesetzt werden muss. Die Umsetzung schreitet gerade in Hessen nur schleppend voran. Beispielsweise werden immer mehr Kinder ohne Beeinträchtigung mit fünf Jahren eingeschult, während behinderten Kindern aufgrund der gängigen Einschulungsregeln der Zugang zu einer Regelschule verwehrt bleibt.

Billiglösungen und Ressourcenvorbehalt bremsen die Umsetzung ebenso, wie die Abkehr von funktionierenden Modellen. Trotz einer langen Tradition inklusiver Ansätze in Hessens Schulen, hinkt das hessische Schulsystem in der Umsetzung der UN-Konvention weit hinterher. Seit fast 30 Jahren gibt es in Hessen den „Gemeinsamen Unterricht“, der unter dem Credo „Masse statt Klasse“ vergangener Landesregierungen arg gelitten hat. Sorgsam umgesetzte inklusive Bildung erfordert ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem. Aufgabe der Politik ist es, durch die Bereitstellung von Ressourcen für zusätzliche Lehrkräfte, für differenzierten Unterricht für die Sicherung der Barrierefreiheit und für Integrationshilfe die Voraussetzungen für gelingende Inklusion zu schaffen. Konsequenterweise bedeutet Inklusion, gemeinsam verschieden zu sein, und dafür ist individuelle Förderung für alle von der Krabbelgruppe über Schule, Arbeit, Freizeit bis zum Wohnen im Alter nötig.

Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. So steht es in Artikel 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Gleichbehandlung und die Förderung von Chancengleichheit als eine Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen muss deshalb im Zentrum der Behindertenpolitik des Landes Hessen stehen.

Die Gewährleistung der Rechte von Menschen mit Behinderung braucht mehr politische Tatkraft und das Umsetzungstempo im Politikfeld Inklusion muss unbedingt erhöht werden, viele Vorgaben aus der Konvention sind bislang von Politik und Staat nicht angemessen aufgegriffen worden. Hier sind gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden und damit die Auflösung von Umsetzungsblockaden in vielen Feldern dringend geboten.

Wir fordern ein uneingeschränktes Wahlrecht für Alle – auch für Menschen mit Behinderung. Bislang sind all jene Menschen mit Behinderung ausgeschlossen, die gerichtlich vollumfänglich unter Betreuung gestellt wurden, rund 10.000 Menschen in Deutschland. Die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt zu Recht die politische Teilhabe an Wahlen. Diese gilt es endlich umzusetzen.

Die hessische Landesregierung wird deshalb aufgefordert, diesen Prozess zu unterstützen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Insbesondere wird die Landesregierung aufgefordert, eine(n) mit klaren Kompetenzen und Ressourcen ausgestattete(n) Landesbehindertenbeauftragte(n) einzusetzen, um effizient und wirksam die Rechte von Menschen mit Behinderung in Hessen durchsetzen zu können.

Antragsbereich F/ Antrag 3

Bezirk Hessen-Süd

Empfänger:

SPD-Landtagsfraktion

Miteinander Homophobie, Transphobie und Diskriminierung bekämpfen

1. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert eine Antidiskriminierungsstelle einzurichten, die im Rahmen ihrer Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit die Bündelung und Bekanntmachung der Aktivitäten der AkteurInnen und Institutionen außerhalb der Landesverwaltung koordiniert und aufbaut. Dabei sollen bestehende Diskurse aufgegriffen und gemeinsam mit den Initiativen der bestehenden Verbände und queren Initiativen unter einem neuen Logo für Hessen zusammengefasst werden.
2. Der Landesparteitag bekräftigt, dass das wirksamste Mittel gegen Homophobie die vollständige Gleichstellung in allen Lebensbereichen ist. Vor diesem Hintergrund wird die Hessische Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die vollständige Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen, z. B. die Möglichkeit zur Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare, einzusetzen.

Antragsbereich F/ Antrag 6

*Unterbezirk Kassel-Stadt
(Bezirk Hessen-Nord)*

*Empfänger:
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion*

Vergessene Konten für soziale Projekte mobilisieren

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, zu prüfen, ob auch in der Bundesrepublik sog. Ruhende Konten bei den deutschen Banken und Sparkassen für die Finanzierung sozialer Projekte mobilisiert werden können. Dazu sollte das Vermögen von Konten, die mehr als 15 Jahre unberührt geblieben sind, gezahlt werden. Die Eigentumsrechte der Besitzer dieser Konten werden nicht berührt und sollten sich die Besitzer der Konten melden, können sie selbstverständlich über ihre Konten verfügen. Gegenwärtig ist das ruhende Geld bares Geld für die Banken.

Antragsbereich F/ Antrag 7

*Unterbezirk Offenbach-Stadt
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:
SPD-Landtagsfraktion*

Aufwertung von Familienzentren in Hessen

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Aufwertung und bessere finanzielle und räumliche Ausstattung von Familienzentren in Hessen.

Antragsbereich F/ Antrag 12

*Unterbezirk Offenbach-Stadt
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:
SPD-Parteivorstand*

Vollständige Übernahme der Kosten für die Unterkunft und Heizung für Leistungsempfänger nach dem SGB II durch den Bund

Die Bundes-SPD wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Kosten für Unterkunft und Heizung für Leistungsempfänger nach dem SGB II vollständig vom Bund übernommen werden.

Antragsbereich F/ Antrag 15

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Empfänger:

SPD-Bundesparteitag

Impfpflicht einführen

Alle von der Ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut empfohlenen Impfungen (u.a. MMR, Hep A, B, Keuchhusten) sollen verpflichtend sein. Die Eltern können nach dokumentierter Aufklärung über die Risiken der Nicht-Impfung widersprechen. Die genannten Impfungen sollen in der Regel in Kindertageseinrichtungen und Schulen flächendeckend angeboten werden. So wird sichergestellt, dass Impfungen nicht übergangen oder unwillentlich verpasst werden.

Antragsbereich F/ Antrag 18

*Unterbezirk Darmstadt-Stadt
(Bezirk Hessen-Süd)*

Keine Chance für Fat Shaming - Es den Dicken leichter machen

Wir fordern die Verabschiedung eines "Photoshop-Gesetzes" nach dem Vorbild Israels, das die Darstellung untergewichtiger Modells verbietet und eine Kennzeichnung stark bearbeiteter Fotos vorschreibt.

Hessen braucht mehr Wohnungen – für untere und mittlere Einkommen und für Flüchtlinge

Nach wie vor ist die Wohnungssituation in Hessen – insbesondere in den Ballungszentren – prekär. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen müssen bis zu 50% ihres Monatseinkommens für die Miete ihrer Wohnung ausgeben. Immer noch werden in Hessen weniger Sozialwohnungen gebaut, als aus der Sozialbindung pro Jahr herausfallen. Deshalb ist eine große Wohnungsbauoffensive notwendig, in der alle Anstrengungen unternommen werden, um dieser Herausforderung gerecht zu werden. Wir fordern deshalb von der Hessischen Landesregierung, ein Wohnungsbauprogramm „Hessen baut 2020“ aufzulegen.

Der Landesparteitag der Hessischen SPD fordert deshalb die SPD-Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Kommunen auf, sich für folgende Punkte einzusetzen:

1. Um Sozialwohnungen zu bauen und ein Programm für mittlere Einkommen finanziell zu unterlegen, legt die Landesregierung mit 17 Millionen Euro ein Darlehensprogramm bei der Bank für Wirtschaftsförderung und Infrastruktur (WI Bank) auf, mit dem pro Jahr 250 Millionen Euro an Darlehensmitteln mobilisiert werden können.
2. Das Programm für den Bau von 5.000 Wohnungen für Studierende und Auszubildende ist fortzuführen. Insbesondere an den Hochschulstandorten kann damit der Wohnungsmarkt deutlich entlastet werden
3. Die Landesregierung soll gemeinsam mit der Bank für Wirtschaftsförderung und Infrastruktur ein Programm „Willkommen in Hessen – Wohnraum für Flüchtlinge und Asylbewerber schaffen“ auf, das einen Mindestumfang von 30 Millionen EURO haben soll.
4. Die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Kommunen müssen weiterhin dafür Sorge tragen, dass Baugrundstücke mobilisiert werden und diese zu moderaten Preisen dem Wohnungsbau zur Verfügung stehen.
5. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, die Initiativen für seniorengerechtes Wohnen weiter zu entwickeln, um rechtzeitig auf den demographischen Wandel reagieren zu können.
6. Die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter im Aufsichtsrat der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte werden sich dafür einsetzen, dass das Unternehmen in den kommenden Jahren mehr Sozialwohnungen errichten wird. Zur Finanzierung soll das Land Hessen in den

kommenden drei Jahren auf Ausschüttungen der Nassauischen Heimstätte verzichten.

Antragsbereich H/ Antrag 3

Bezirk Hessen-Süd

Zweitwohnsitzsteuer für Schüler, Auszubildende und Studierende abschaffen

Die SPD Hessen setzt sich dafür ein, dass die Zweitwohnsitzsteuer für Schüler, Auszubildende und Studierende abgeschafft wird. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, den Kommunen die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle zu ersetzen.

Alle Rassisten sind Arschlöcher! Überall.

Die unglaublichen Vorgänge rund um die NSU-Morde zeigen uns allen beispielhaft, wie sehr unser Staat im Umgang mit Rechtsextremismus versagt. Gerade das Land Hessen hat in der Kategorie „wegsehen und weghören“ Bestnoten verdient, wenn man dem Innenministerium nicht unterstellen will, dass es die Abgeordneten und die Öffentlichkeit regelmäßig belügt.

Wir brauchen eine andere Landespolitik, deshalb fordern wir:

Information ist die Grundlage zum Handeln:

- Das Vertuschen und Verharmlosen des organisierten Rechtsextremismus durch die hessische Landesregierung muss ein Ende haben.
- Das neu gegründete Demokratiezentrum muss Mittel für ein umfassendes Monitoring der rechten Szene bereit gestellt bekommen. Dieses Monitoring muss der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und unabhängig vom Verfassungsschutz sein.
- Die hessische Polizei muss konsequent alle Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund oder mit dem Verdacht eines jenen veröffentlichen und klar als solche benennen.

Repression darf kein Tabu sein!

- Alle rechtsstaatlichen Mittel müssen zur Bekämpfung und dem konsequenten Verbot von rechtsextremen Konzerten, Demonstrationen oder sonstigen Veranstaltungen ausgeschöpft werden.
- Bei rechtsextremen Organisationen, Vereinen und Parteien müssen alle Möglichkeiten für ein Verbot ausgeschöpft werden, um neonazistische Strukturen zu zerschlagen!
- Das Decken des Verfassungsschutzes von rechtsextremen Straftätern, um diese als Informationsquellen zu gewinnen, muss ein Ende haben. V-Männer haben nicht zur Aufklärung über den Rechtsextremismus beigetragen.
- Unsere Demokratie muss wehrhaft sein, dabei dürfen aber nie die Rechtsstaatlichkeit und die Werte einer demokratischen Gesellschaft auf der Strecke bleiben!

Vertrauen zurückgewinnen

- Alle Verwicklungen hessischer Behörden in rechtsextreme Straftaten müssen konsequent und kompromisslos aufgeklärt werden. Der Staat darf nie wieder den Eindruck erwecken, dass seine Beamten und Angestellten Handlanger rechter Straftäter sind!
- Gerade der Korpsgeist bei den Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden scheint einen erheblichen Anteil an den fragwürdigen Vorgängen rund um die NSU-Mordserie gespielt zu haben. Nicht erst seit den NSU Morden ist deshalb eine Reform hin zu einer funktionierenden unabhängigen Innenrevision dringend nötig.

Nazis entwaffnen!

- Rechtsextremisten ist der Zugang zu legalen Waffen grundsätzlich zu verwehren, wer ein von Hass und Menschfeindlichkeit geprägtes Weltbild hat, ist nicht dazu befähigt eine Waffe zu führen!
- Der illegale Waffenhandel und die Waffenschieberei, die es offensichtlich in der rechten Szene gibt, müssen mit der ganzen Härte des Gesetzes verfolgt werden.
- Schützenvereine müssen dazu aufgefordert werden, dass in ihren Satzungen eine Unvereinbarkeit mit rechtsextremen Aktivitäten festgeschrieben wird.

Prävention statt nur Feuerwehr!

- De mit dem neuen Bundesprogramm begonnenen Weg, die Prävention in den Vordergrund zu stellen, muss auch in Hessen konsequent umgesetzt werden.
- Vor allem Präventionsangebote, die über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufklären und diese in der Bevölkerung abbauen wollen, müssen in Hessen endlich die ihnen angemessene Rolle bekommen!
- Präventionsarbeit fängt in der Schule an, unsere Schulen müssen ein Ort demokratischer Teilhabe werden, denn an demokratischen Prozessen zu partizipieren und diese zu gestalten, ist der beste Weg, um autoritären und faschistischen Ideologien vorzubeugen!
- Die anlassbezogene Beratung des hessischen Beratungsnetzwerkes ist wichtig und richtig, aber es muss auch möglich sein, dass sich das hessische Beratungsnetzwerk und seine Berater dort engagieren, wo noch nichts vorgefallen ist.
- Wir begrüßen ausdrücklich, die auf zivilgesellschaftliche Initiative eingeführte Beratung für Kommunen, die Flüchtlinge aufgenommen haben oder diese in Zukunft aufnehmen wollen. Gerade der präventive Ansatz ist hierbei vorbildlich!
- Gerade Mikroförderung für kleine Initiativen ist ein wichtiger Baustein für präventive Arbeit. Die hierfür im neuen Demokratiezentrum bereitgestellten Mittel reichen bei Weitem nicht aus, die Landesregierung muss diese im Zweifel aus eigenen Mitteln aufstocken!
- Der Verfassungsschutz hat bei der Präventionsarbeit nichts verloren!

Opferschutz ist genauso wichtig wie Ausstiegshilfe!

- Die Opfer von rechtsextremer Gewalt haben in Hessen erst mit Beginn des neuen Bundesprogramms eine Anlaufstelle bekommen. Das begrüßen wir ausdrücklich!
- Immer wieder wurde in Pressemitteilungen der Polizei Opfern öffentlich eine Teilschuld zugewiesen. Das ist untragbar und schreckt Opfer von Gewalt davon ab, sich der Polizei anzuvertrauen. Opferschutz und die Perspektiven von Opfern müssen auch im Bewusstsein der hessischen Polizei eine zentrale Rolle spielen.
- Die Ausstiegsarbeit in Hessen sollte von der Polizei und dem Verfassungsschutz abgekoppelt werden. Zum einen hat gerade der Verfassungsschutz unter Umständen ein Interesse, Ausstiegswillige in der Szene zu belassen, um diese als Informationsquelle zu nutzen und zum anderen haben viele ausstiegswillige Neonazis massive Vorbehalte gegenüber den Sicherheits- und Ermittlungsbehörden.
- Man sollte Aussteiger*Innen mit einer entsprechenden fachlichen Begleitung durch Dritte in die Präventionsarbeit einbinden.

Die Extremismus-Theorie ist widerlegt.

- Nicht erst die Studien von „Heitmeyer“ zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit oder die Mitte-Studien der FES zeigen, dass die Idee des Extremismus-Modells eine politische Setzung aus Zeiten des kalten Krieges ist.
- Staatliches Handeln kann sich nicht an einem haltlosen theoretischen Fundament orientieren. Die Extremismus-Theorie darf das Handeln unserer Behörden nicht mehr leiten!

Rechtspopulismus bekämpfen! Wir reden nicht mit den Brandstiftern.

- Der Kampf gegen Rassismen und Chauvinismus ist für Sozialdemokraten eine Handlungsfrage.
- Wir reden nicht mit Rechtspopulisten, wir widerlegen und ächten sie, denn sie vergiften unsere Gesellschaft mit ihrer hasserfüllten Ideologie.
- Auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft gibt es rechtsextreme Einstellungsmuster, das ist aber kein Grund diesen Ewiggestrigen hinterher zu laufen oder gar Kompromisse zu machen.
- Unser Anspruch muss im Gegenteil sein, die Köpfe der Menschen von diesem Ungeist zu befreien!

Antragsbereich I/ Antrag 4

Juso-Landeskonferenz Hessen

Empfänger:

SPD-Parteivorstand

Keine Verschiebung des Problembären Irmer - Wir fordern endgültigen Rücktritt von Hans Jürgen Irmer in allen Gremien

Wir fordern, dass Herr Irmer von allen politischen Ämtern zurücktritt und nicht auch noch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland deutschen Bundestages beschädigen darf.

Antragsbereich I/ Antrag 5

*Unterbezirk Offenbach-Stadt
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:
SPD-Landesvorstand
SPD-Partei Vorstand*

Aussteigerprogramm für Salafisten und religiöse Extremisten analog zu Aussteigerprogrammen für Rechtsextremisten

Die SPD auf Landes- und Bundesebene wird aufgefordert, sich unbedingt für die finanzielle und - falls nötig – auch organisatorische Förderung von Aussteigerprogrammen für Salafisten, IS-Kämpfer und andere religiöse Extremisten einzusetzen.

Antragsbereich I/ Antrag 9

Bezirk Hessen-Süd

Empfänger:

Landesregierungen mit Beteiligung der SPD

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

**Grüne Zeiten ändern sich - SPD Hessen lehnt Gesetzesentwurf zum Schutzpa-
ragraphen §112 ab!**

1. Der Landesparteitag der SPD-Hessen hält den aktuellen Gesetzesentwurf der Hessischen Landesregierung für die Einführung des § 112 StGB für unverhältnismäßig und lehnt diesen ab.
2. Gleichzeitig werden die Landtagsfraktionen, die Bundestagsfraktion und die SPD-regierten Bundesländer öffentlich aufgefordert, mit allen Mitteln diesen Gesetzesentwurf zu verhindern.
3. Durchaus richtig ist es jedoch, Rettungskräften zumindest einen ähnlichen Schutz zu gewähren, da sie sich nicht deeskalierend zurückziehen können. Ihnen sollte zumindest ein ähnlicher gesetzlicher Schutz gewährt werden wie den Vollzugsbeamten, die schon jetzt durch § 113 StGB besonders geschützt sind.

Antragsbereich I/ Antrag 10

*Unterbezirk Frankfurt
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:
SPD-Bundesparteitag*

Einbeziehung des Deutschen Bundestages in die Sitzungen des Bundessicherheitsrats

Der Deutsche Bundestag muss in die Beratungen des Bundessicherheitsrates bei der Genehmigung von Waffenexporten mit einbezogen werden. Die Entscheidungen dieses Gremiums sind von solcher Tragweite, dass sie nicht ohne eine Form der Mitwirkung des Parlaments zustande kommen dürfen.

Antragsbereich I/ Antrag 14

Juso-Landeskonferenz Hessen

Aufhebung des Tanzverbotes an Feiertagen in Hessen in geschlossenen Räumen

Die SPD Hessen setzt sich für eine Aufhebung des Tanzverbotes an sämtlichen Feiertagen in Hessen in geschlossenen Räumen ein.

Resolution: Kultur für alle – Plädoyer für einen neuen Aufbruch

Der Imperativ „Kultur für alle“ der 70er Jahre war eingebettet in einen gesellschaftlichen Aufbruch. Er fand seine politische Entsprechung in Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ und in dem Protest gegen einen städtischen Konformismus, gegen die „Unwirtlichkeit der Städte“.

Wenn wir heute „Kultur für alle“ neu einordnen wollen, dann auch vor dem Hintergrund einer sich verändernden Gesellschaftsformation. Die Wachstumseuphorie der 70er Jahre ist zumindest objektiv vorbei. Kultur ist nicht mehr nur Mehrwert für Lebensqualität. Sie ist nicht mehr nur die potentielle Teilhabe am hochkulturellen Leben.

Wenn wir heute von einer neuen „Kultur für alle“ sprechen, dann ist es die Beschreibung des Weges zu einer Gesellschaft, die alle Möglichkeiten in Anspruch nimmt, die notwendige Bindungskraft zu entfalten, um Kultur als Integrationsfaktor und als notwendigen Bestandteil des Wertekanons eines sozialen Rechtsstaats zu begreifen.

In seinem Beitrag „Das Bürgerrecht auf Kultur“ im Bericht der unabhängigen Kulturkommission zur Entwicklung der Kulturlandschaft Hessen, schreibt Hilmar Hoffmann: „Die politisch administrativen Instrumente funktionieren nur, wenn auch auf der symbolischen Ebene ein Empfinden wechselseitiger Abhängigkeit entsteht, wenn Integration andererseits auch als Steigerung der eigenen Lebensqualität erfahren wird. Das Rekurren auf eine „nationale Leitkultur“ oder auf einen traditionellen kulturellen Kanon reicht hier nicht aus. In einer globalisierten, kulturell pluralisierten, zugleich offenen, demokratischen Gesellschaft, die zukunftsfähig sein will, kann ein Wertekonsens nie exklusiv und administrativ, sondern immer nur pluralistisch und diskursiv aufrecht erhalten werden, indem zwar nie alles, aber doch immer wieder einiges neu zur Disposition gestellt wird“.

Hoffmann beschreibt somit implizit, was die Reformbestrebungen der 70er Jahre erreicht haben, aber explizit, was heute zu besorgen ist. Das Bürgerrecht auf Kultur bedeutet die notwendige Bindungskraft in unserer Gesellschaft als Prozess zu organisieren. „Kultur für alle“ muss als eigenständiger Weg zur Bekämpfung von gesellschaftlichem Elend und Not beschritten werden.

In den folgenden sieben Thesen wollen wir aufzeigen, wo nach unserem Verständnis Festlegungen und Veränderungen konkret vollzogen werden müssen:

1. Kultur ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe

Vielfach wird sie nur als lästiger Kostenfaktor begriffen. Der Ruf nach „Kostendeckung“ wird allenthalben laut. Das unsägliche System der Kosten- und Leistungsrechnung, das die Landeskultureinrichtungen schon über sich haben ergehen lassen, hält nun mit der Doppik auch in den kommunalen Haushalten Einzug. Wenn dann die Kundenzufriedenheit der Staatstheater an der Öffnungszeit der Kassenhäuschen gemessen wird, offenbart sich ein System in seiner vollständigen Absurdität. In den Städten Hessens wird Kulturförderung noch, zwar mit unterschiedlicher Intensität, aber doch mit einem Mindestmaß an Engagement vertreten. Doch schon in den Landkreisen ist Kulturförderung im günstigsten Fall von der Gunst eines interessierten Landrats abhängig. Im Land Hessen beträgt der Anteil für Kulturförderung am Gesamthaushalt knapp über 1%. Hessen bewegt sich in fast allen Bereichen (Soziokultur und regionale Kulturförderung, Film, Ausstellungs- und Künstlerförderung, Musikschulen) im unteren Drittel der durchschnittlichen Landeszuwendungen vergleichbarer Bundesländer.

2. Wir müssen die kulturelle Bildung und ästhetische Erziehung stärken.

Zurzeit wird in den Schulen sowohl die musische Erziehung als auch die ästhetische Erziehung vernachlässigt. Sie muss nach dem Vorbild der nordeuropäischen Länder endlich in die schulischen und vorschulischen Curricula Einzug halten. Die künstlerische Kompetenz von Kindern und Jugendlichen muss gestärkt werden. Wir brauchen die Vermittlung der handwerklichen Grundlagen von Kunst wie auch die Vermittlung der Bedeutung des kulturellen Erbes, um Eigeninitiative zu entwickeln. Dies muss früh und dies muss eingebettet in einen systematischen Lernprozess passieren. Wolf Singer, der Leiter des Frankfurt Institute for Advanced Studies begründet diese frühe und zu vermittelnde Notwendigkeit mit den Worten: „Was Jugendliche vorfinden, wird von uns, den Erwachsenen, vorgegeben und was von dem Überkommenen tradiert werden soll, wird durch uns, die Erziehenden, die Lehrenden, die Vorlebenden, festgelegt. Diese Erkenntnis ist nicht neu, wird jedoch in zyklischer Abfolge immer wieder verdrängt und erfährt im politischen Alltag nur selten die Prioritätensetzung, die ihr zusteht. Ein Grund dafür ist, dass das Hineinwachsen in eine Kultur nicht à la Lernprozess verstanden wird, der durch intentionale Akte befördert wird, sondern als ein natürlicher Assimilationsvorgang, der sich automatisch zu vollziehen scheint, wie dies fälschlicherweise für den Erwerb der Muttersprache angenommen wird.“

3. Wir müssen ein Recht auf Kultur konstituieren.

Bislang wird die Kulturförderung der Länder, des Bundes und der Kommunen als Beiwerk, als freiwillige Leistung, als schmückender Zusatz begriffen. Notwendig ist aber die Aufnahme eines einklagbaren Bürgerrechts auf Kultur im Art. 62b der Hessischen Verfassung. Auch die Enquetekommission des deutschen Bundestages „Kultur in

Deutschland“ hat sich ähnlich geäußert. Das Forum Kunst und Kultur der hessischen Sozialdemokratie hat bereits vor drei Jahren den Vorschlag gemacht, die Verfassung um den Satz zu erweitern: „Die Kultur genießt den Schutz und die Pflege des Staats, der Gemeinden und Gemeindeverbände und ist entsprechend zu fördern.“

4. Kultur ist ein eigenständiger Weg zur Überwindung von Elend und Armut.

Dieser Weg ist allerdings nicht gangbar ohne die Aktivierung der eigenen kulturellen Ressourcen. Diese Ressourcen sind über kulturelle Bildung und ästhetische Erziehung zu mobilisieren. Dazu gehört aber auch die Möglichkeit der Teilhabe und des Zugangs zu kulturellen Einrichtungen. Wer arm ist, dem bleibt der Weg zum Theater oft versperrt und dies nicht nur aus finanziellen Gründen. Die Beantwortung einer großen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion aus 2006 zum Thema „Kultur für alle“, in der es auch um die Schaffung von Zugängen und die bürgerschaftliche Beteiligung in und an kulturellen Einrichtungen (Theater, Museen etc.) ging, brachte hervor, dass es sehr starke Unterschiede zwischen den Einrichtungen und Häusern gibt. Das Resümee der Parlamentsdrucksache: Um eine breite Teilhabe an der Kunst und Kultur im Land Hessen zu ermöglichen, bleibt noch viel zu tun.

5. Kultur ist ein wesentliches Element zur Herstellung gesellschaftlicher Bindungskraft.

So wie sich die Gesellschaft in unterschiedliche Milieus segregiert, so scheint auch jedes Milieu seine eigene Kultur zu pflegen. Die einen, die in den Führungsetagen der Unternehmen unter sich eine „Celebrity-Kultur“ genießen, in der weniger künstlerische Qualitäten eine Rolle spielen, sondern mehr das „Dazugehören“ zu einem bestimmten Trend, der gerade „in“ ist. Die anderen, die fast ausschließlich „Unterschichtfernsehen“ (Harald Schmidt) konsumieren und sich von einer imaginären Welt einlullen lassen. Doch wenn der Wertekanon des demokratischen und sozialen Rechtsstaats nicht aufrechterhalten wird, fehlt die Motivation zum Engagement für die Zivilgesellschaft. Dies gilt für die einen wie für die anderen. Die einen stehen sich zusätzlich aus ihrer finanziellen Verantwortung für unser Gemeinwesen heraus, den anderen fehlt die Selbstbefähigung aus der vermeintlich bequemen Konsumhaltung auszubrechen. Genau deshalb hat der Staat, das Gemeinwesen, die Aufgabe „Verständnis füreinander zu entwickeln, indem man sich auf gemeinsame Werte einigt und gemeinsam dem Zusammenleben eine neue kulturelle Dimension verschafft“ (Kofi Annan).

6. Wir brauchen den interkulturellen Dialog.

Nach Zahlen des Hessischen Statistischen Landesamts haben über 25% der hessischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Der Anteil der jungen Menschen unter 25

Jahren ist mit 36% in Hessen unter den Flächenländern am höchsten. Bei den unter 6-Jährigen war der Anteil noch mal höher. Hier haben zwei von fünf Kindern einen Migrationshintergrund. Dies zu den harten statistischen Daten, die nicht mehr darüber hinwegtäuschen können, dass wir mit vielen Kulturen leben. Man kann aber die Identität einer anderen Person nicht anerkennen, wenn man nicht zugleich deren Zugehörigkeit zu einer anderen, besonderen sozialen kulturellen Lebensform würdigt. Die Anerkennung des Rechts auf die eigene Kultur ist ein Teil der übergreifenden Menschenrechte und ist Grundlage des interkulturellen Dialogs. „So hat Kultur in der multiethnischen, multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft eine Chance, auf globaler Ebene zum Mittel der Prävention von Gewalt und Terror zu werden.“ (Hilmar Hoffmann)

7. Wir müssen einer neuen Jugendkultur die Türen öffnen.

Jede in Europa heranwachsende Generation sucht nach Ausdrucksformen und Gestaltung ihrer künstlerischen Impulse, die in ihren sozialen Verhaltensformen, in ihrer künstlerischen Arbeit kulturprägend wirksam werden. Es muss darum gehen, Akteure der Jugendkultur miteinander in Verbindung zu bringen und deren Aktionen sichtbar zu machen. „Denn jede Gesellschaft, die die ästhetische Erziehung ihrer Jugend vernachlässigt, schwächt die Kraft ihrer eigenen Zukunft“. Es muss eine Form gefunden werden, deren Ziel die Entfaltung der künstlerischen Kompetenz von Kindern und Jugendlichen ist. Dabei bietet sich die Zusammenarbeit mit Schulen, Kindergärten und Hochschulen an. Die außerschulische Jugendarbeit, die offene Jugendarbeit, die Organisationen und Einrichtungen, die sich mit Medienpädagogik befassen (JBWs, offene Kanäle und nichtkommerzielle Radios), sollen sich beteiligen. Die Jugendtheaterprojekte an den Hessischen Staats- und Stadttheatern sowie den Kinder- und Jugendtheatern in Hessen sind einbeziehbar. Durch die Entwicklung von Eigeninitiative kann und wird Selbstvertrauen entwickelt werden.

Die Ergebnisse der PISA-Untersuchung haben uns drastisch vor Augen geführt, dass wir mit dem deutschen, dem hessischen Ansatz der Ausdifferenzierung unseres Bildungswesens den falschen Weg gegangen sind. Die Verbindung von „Kultur und Bildung“ bietet die Chance, diese Defizite unabhängig von der auch notwendigen Strukturdebatte, aufzuheben. Warum? Weil eine neue „Kultur für alle“ die Bindungskraft entfaltet, die aus der aktiven Auseinandersetzung mit dem Symbolhaften, mit Empfindungen mit dem historischen Erbe erwächst. Die Auseinandersetzung mit Kulturen und im Kontext einer aktivierenden Bildungspolitik ist der Schlüssel für eine Gesellschaft, die sich, getragen von ihren Individuen, sozialstaatlich, solidarisch und friedlich organisiert.

Antragsbereich K/ Antrag 3

Bezirk Hessen-Nord

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

Empfänger:

SPD-Bundesparteitag

SPD-Landtagsfraktion

Kastrationspflicht für Katzen und Kater

Den kommunalen Mandatsträger*innen wird empfohlen, sich für eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen und Kater einzusetzen.

Antragsbereich L/ Antrag 2

*Unterbezirk Kassel-Stadt
(Bezirk Hessen-Nord)*

Keine deutschen Waffen nach Mexiko

In Mexiko sind inzwischen Drogenkartelle, Polizei und Staat eng verwoben. Dies hat vor kurzem sogar der mexikanische Präsident Enrique Peña Nieto eingestehen müssen. Letzter Beweis ist die Tatsache, dass der – inzwischen inhaftierte – Bürgermeister von Guerrero den Befehl gegeben haben soll, die 49 ermordeten Studenten an die Mafia auszuliefern.

Solange die kriminalpolitische und menschenrechtliche Lage in Mexiko so unübersichtlich ist, verbieten sich Waffenlieferungen an die mexikanische Polizei. Dort vor Ort ist der Verbleib der Waffen kaum noch zu kontrollieren.

Antragsbereich L/ Antrag 3

*Unterbezirk Wetterau
(Bezirk Hessen-Süd)*

*Empfänger:
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landesvorstand
SPD-Parteivorstand*

Einsatz von DE, EU und NATO – Keine Soldaten in der Ukraine!

1. Die SPD-Hessen fordert alle übergeordneten Parteigremien sowie unsere Bundestagsfraktion und unsere Regierungsmitglieder dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass unter keinen Umständen Soldaten der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Union sowie der NATO sich aktiv oder passiv an den Kämpfen in der Ukraine beteiligen werden. Einen Krieg – auch einen Stellvertreterkrieg auf ukrainischem Boden – mit beteiligten Atommächten darf es nicht geben. Es darf keine Situation geben, die einen solchen rechtfertigen würde.
2. Auch einem gegensätzliches Handeln unserer Verbündeten ist entgegenzutreten.

Antragsbereich M/ Antrag 1

Landesvorstand

Empfänger: SPD-Parteivorstand

Gerechtigkeit macht stark: Grundsatzprogramm 2020

1. Die Grundwerte sozialdemokratischer Politik

- Freiheit
- Gerechtigkeit
- Solidarität

sowie das Eintreten für den Frieden und Gerechtigkeit sind, und bleiben Maßstab und leitende Prinzipien unseres Handelns.

2. Massive Veränderungen seit der Beschlussfassung des Hamburger Grundsatzprogramms im Jahr 2007 fordern neue Bewertungen, Antworten und Visionen, um eben diese Maxime unserer Politik auch in Zukunft sicherzustellen.

- Überwindung der Finanzmarktkrise und Vorrang der Demokratie: Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise untergräbt bis heute in ganz Europa den Vorrang der Demokratie gegenüber der Wirtschaft. Die politische Handlungsfähigkeit wird u.a. durch defizitäre Staatshaushalte minimiert, gleichzeitig wächst Ungleichheit. Gerade für die jungen Generationen ist der Blick auf Europa gespalten. Zunehmend stellt sich aber für die meisten die Frage, was Politik überhaupt bewirken kann, ob zukunftssichere Arbeitsplätze und kollektive Absicherungen nicht ein Relikt der Vergangenheit sind. Mehr noch, ob Europa für ihre Zukunft nicht ein Hemmnis, denn eine Perspektive ist. Ob die Ungleichheit nicht zumindest den eigenen Kampf um die besten Plätze ermöglicht. Ein Jahrhundertprojekt ist damit infrage gestellt.

Ist die Skepsis gegenüber der Durchsetzungsfähigkeit der Politik groß, ist die Begeisterungsfähigkeit für einen "handlungsfähigen Staat", ja sogar für die Demokratie im Allgemeinen gering. Das Misstrauen, dass "die da oben", also eine politische Elite, "sich nur die Taschen vollmachen will", wächst. Eine sozialdemokratische Erzählung über ein funktionierendes Gemeinwesen, das individuelle Freiheit erst ermöglicht, ist erforderlich. Wir brauchen überzeugende Antworten gegen die wachsenden Ungleichheiten, um unsere Demokratie zu sichern. Wir müssen unsere Werte in einer polyzentrischen Welt

der konkurrierenden Märkte erhalten und den Beweis antreten, dass Nachhaltigkeit und Verantwortung die stabilsten Gesellschaften und Wirtschaftsräume sichert.

- Arbeit und soziale Sicherheit in der digitalen Welt: Die Arbeitsgesellschaft sieht sich neuen Belastungen, wie Entgrenzung und Verdichtung gegenüber. Und die Digitalisierung verändert unsere Arbeits- und Lebensweise so massiv, dass wir von einer technisch-sozialen Jahrhundertrevolution ausgehen. Gelingt es nicht, bevorstehende Rationalisierungsschübe durch einen qualitativen Strukturwandel aufzufangen, sind Arbeitsplätze und Innovationsfähigkeit Deutschlands in Gefahr. Wichtige Säulen unserer Sozialen Marktwirtschaft geraten damit weiter ins Wanken: Die Wirkung von Tarifeinheit, Sozialpartnerschaft oder Sozialversicherungssystemen reduziert sich zusehends auf einen immer kleiner werdenden Kreis. Soziale Ungleichheit wächst und damit sinkt das Potenzial für ein nachhaltiges Wachstum, für Wohlstand und soziale Sicherheit. Für Millionen von Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Freiberuflerinnen und Freiberuflern und Selbstständigen stellt sich daher jeden Tag die Frage, wie sie für sich und ihre Kinder Zukunftschancen sichern und ob die Sozialdemokratie dabei an ihrer Seite steht.
 - Neue Entspannungspolitik: Die Welt scheint aus den Fugen zu geraten. Kriegsähnliche Auseinandersetzungen mitten in Europa und die Folgen näher rückender Konflikte in der Welt machen Angst. Europäische und internationale Politik bedürfen engerer Koordination. Aber insbesondere eine neue Ausrichtung sozialdemokratischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik in der Tradition der Entspannungspolitik sind gefragter denn je. Wir müssen unsere internationale Rolle und Gestaltungsfähigkeit für Sicherheit und Frieden ausbauen und erneuern. Und das unter Bedingungen multipler und komplexer werdender Konfliktherde auf der Welt.
3. Daher wird die SPD ihr Grundsatzprogramm in diesen zentralen Themen überarbeiten und modernisieren, um über eine Legislaturperiode hinaus Orientierung zu geben. Unverändert bleibt das Ziel der Sozialdemokratie, den Wandel der Gesellschaft konkret zu gestalten, statt ihn zu verwalten.

Diese Debatte werden wir als einen offenen Prozess gestalten:

- mit den Mitgliedern, Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften der SPD,
 - mit gesellschaftlichen Gruppen, z.B. dem Sachverstand von Gewerkschaften und Wirtschaft, von Wissenschaft und Kultur, von Umweltverbänden und Naturschutz,
 - mit den politischen Erfahrungen und programmatischen Entwicklungen der sozialdemokratischen Parteien Europas.
4. Der Parteivorstand setzt eine Kommission ein, die ein überarbeitetes Grundsatzprogramm vorbereitet.

Antragsbereich M/ Antrag 2

Juso-Landeskonferenz Hessen

Nein zu Pegida!

Wir fordern die SPD und ihre Funktionär*innen auf, sich deutlich von Pegida zu distanzieren und ihnen keinen Raum für ihre populistischen und rassistischen Parolen zu geben. Auch jegliche Gesprächsrunden mit Pegida sollen unterbunden werden und deutlich abgelehnt werden.

*Antragsbereich M/ Antrag 3
Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord*

*Empfänger:
SPD-Bundesparteitag*

Keine Zusammenarbeit mit der AfD!

Die AfD ist eine rechtspopulistische, nationalkonservative, islamfeindliche und homophobe Partei. Die rassistischen und fremdenfeindlichen Aussagen ihrer Vorsitzenden Frauke Petry und anderer hochrangiger Mitglieder bestätigen dies – trotz gegenteiliger Beteuerungen – immer wieder. Die aggressive Kampfrhetorik und unzulässige Verallgemeinerungen appellieren an die Urängste der Menschen und sind absolut verantwortungslos. Deshalb ist für uns klar:

Wir stellen uns gegen die Diskriminierung und den Fremdenhass der AfD und schließen jede Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Organisationen auf allen Ebenen aus!

Antragsbereich M/ Antrag 4

Juso-Landeskonferenz Hessen

Bürgerliche Mitte im Wandel

Die SPD wird aufgefordert:

In Zukunft keine Koalitionen mit der AfD einzugehen und sämtliche Gespräche mit der AfD in den Parlamenten und außerhalb zu unterbinden

Sich klar von der rassistischen Bewegung „Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes“ (PEgIdA) und deren Tochter-/Schwesterbewegungen zu distanzieren

Aufklärungsarbeit gegen rechte Ideologien und Aussteigerprogramme aus rechten Organisationen zu fördern und auszubauen.

Sich mit Opfern von rechter Gewalt zu solidarisieren und sich für den Ausbau des Schutzes von Geflüchteten von kommunaler bis europäischer Ebene einzusetzen.

Parteimitglieder, die bei AfD- oder PEgIdA-Veranstaltungen sprechen, konsequent aus der Partei auszuschließen

2. Überweisungen

	Antragsteller	Überschrift	Empfehlung
B10	<i>Juso-Landeskonferenz Hessen</i>	Stärkung der hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise	Überweisung an LV, Landtagsfraktion und SGK
B12	<i>Unterbezirk Odenwaldkreis (Bezirk Hessen-Süd)</i>	Schaffung einer Landesstelle zur Konzeptberatung der Kommunen	Überweisung an SGK
B13	<i>Juso-Landeskonferenz Hessen</i>	Demografischen Wandel in Deutschland aktiv gestalten	Überweisung an LV, Landtags- u. Bundestagsfraktion
C8	<i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i>	Elektronische Kommunikation im Bundestag und in der Bundesregierung ausnahmslos verschlüsseln	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
D4	<i>Juso-Landeskonferenz Hessen</i>	Hochschulen als Orte der gesellschaftlichen und individuellen Entwicklung - Für eine soziale, offene und demokratische Hochschule in Hessen	Überweisung an SPD-Mitglieder im Forum Wissenschaft und Innovation Hessen
D7	<i>Unterbezirk Werra-Meißner (Bezirk Hessen-Nord)</i>	Chancengleichheit im Bildungsbereich verwirklichen	Überweisung an AfB
D9	<i>Unterbezirk Offenbach-Stadt (Bezirk Hessen-Süd)</i>	Finanzierung von Schulsozialarbeit	2. Absatz: Überweisung an die AfB Rest: Annahme nach Ersetzung des Wortes „hälftige“ durch „anteilige“ im ersten Absatz
E13	<i>Ortsverein Borken (Hessen) (Bezirk Hessen-Nord)</i>	Mindestlohn	Überweisung an PV
E17	<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	Arbeit des Europäischen Vereins für Wanderarbeiterfragen (EVW) fortsetzen und sichern	Überweisung an SPD-Landtagsfraktion
E18	<i>Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)</i>	Bergbau in Hessen hat Zukunft!	Überweisung an SPD-Landtagsfraktion
E20	<i>Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord) Bezirk Hessen-Nord</i>	Den deutschen Meisterbrief schützen	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
E23	<i>Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord</i>	Fahrende Supermärkte	Überweisung an SGK

E24	<i>Juso-Landeskonferenz Hessen</i>	Sperrstunde abschaffen!	Überweisung an SGK
F1	<i>AG SelbstAktiv Hessen-Nord</i>	Punkte zur Kommunalwahl: SPD-Politik für Menschen mit Behinderungen in den Kommunen	Überweisung an LV
F4	<i>Bezirk Hessen-Nord</i>	Für ein freies und gerechtes Leben mit vielfältigen Formen des Zusammenlebens der Geschlechter und der sexuellen Orientierungen	Überweisung an PV
F5	<i>Juso-Landeskonferenz Hessen</i>	Hessisches Sozialgesetz deutlich erhöhen	Überweisung an SPD-Landtagsfraktion
F9	<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	Kinderrechte	Überweisung an Arbeitsgruppe „Verfassungsreform“
F10	<i>Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)</i>	Sicherung einer auskömmlichen Altersrente	Überweisung an LV
F14	<i>Unterbezirk Odenwaldkreis (Bezirk Hessen-Süd)</i>	Gesundheits- und Krankenversorgung am individuellen Bedarf des Patienten ausrichten und nicht betriebswirtschaftlich finanzieren	Überweisung an ASG
F16	<i>Bezirk Hessen-Nord</i>	Für Menschen, Umwelt und Tiere: Pflanzliche Angebote in Kindertagesstätten, Schulen und Kantinen ausbauen	Überweisung an SPD-Landtagsfraktion
F17	<i>Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord</i>	Für Menschen, Umwelt und Tiere: Pflanzliche Angebote in Kindertagesstätten, Schulen und Kantinen ausbauen	Überweisung an SPD-Landtagsfraktion
F18	<i>Unterbezirk Darmstadt-Stadt (Bezirk Hessen-Süd)</i>	Keine Chance für Fat Shaming - Es den Dicken leichter machen	Annahme Absatz Photoshop-Gesetz, Rest Überweisung an ASG
H1	<i>Ortsverein Borken (Hessen) (Bezirk Hessen-Nord)</i>	Wiedererhebung der Vermögenssteuer	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
H4	<i>Ortsverein Philippsthal (Bezirk Hessen-Nord)</i>	Antrag zum kommunalen Finanzausgleich: Umbenennung des Solidaritätszuschlag Ost in Soli-Zuschlag "kommunaler Raum"	Überweisung an LV
I1	<i>Juso-Landeskonferenz Hessen</i>	Der solidarische Wohlfahrtsstaat - Freiheit statt Grundrechtsverletzungen	Zurücküberweisung an Juso-LV

I2	<i>Unterbezirk Odenwaldkreis (Bezirk Hessen-Süd)</i>	Entschädigung für Naziopfer	Überweisung an LV
I6	<i>Unterbezirk Wetterau (Bezirk Hessen-Süd)</i>	Entschließung zur geplanten Reform der Hessischen Verfassung	Überweisung an LV + SPD-Landtagsfraktion
I7	<i>Juso-Landeskonferenz Hessen</i>	Änderung der Wählbarkeitsvoraussetzungen für Landtagsabgeordnete im Bundesland Hessen	Überweisung an SPD-Landtagsfraktion
I8	<i>Landesverband Hessen Bezirk Hessen-Nord</i>	Musterstimmzettel bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen	Überweisung an SPD-Landtagsfraktion
I11	<i>Juso-Landeskonferenz Hessen</i>	Reorganisation der deutschen Geheimdienste und Abschaffung der Ämter für Verfassungsschutz in ihrer heutigen Form	Überweisung an Juso-LV + ASJ
I13	<i>Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)</i>	Behörden-Standortschließungen und -verlagerungen von CDU-Landesregierungen nach Gutsherrenart. Einmalige umfassende Standortgarantie für Hünfeld standortpolitischer Skandal	Überweisung an SPD-Landtagsfraktion
I15	<i>Juso-Landeskonferenz Hessen</i>	Für ein Miteinander im Stadion	Überweisung an SiP + Sportbeirat
K1	<i>Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)</i>	Lebensmittelkennzeichnung	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
K2	<i>Juso-Landeskonferenz Hessen</i>	Für einen progressiven Tierschutz. Jetzt.	Überweisung an LV
K4	<i>Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord</i>	Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an	Überweisung an LV + BzVs

3. Wahlergebnisse

A. Wahl des Landesvorsitzenden:

abgegebene Stimmen	302
ungültige Stimme	1
gültige Stimmen	301

gewählt:	Ja	Nein	Enth.
Thorsten Schäfer-Gümbel	275 (91,36 %)	22	4

4.

B. Wahl der drei Stellv. Landesvorsitzenden

abgegebene Stimmen	270
ungültige Stimme	12
gültige Stimmen	258

gewählt:	Stimmen:
Grumbach, Gernot	190
Schaub, Manfred	237
Stang, Gisela	232

5.

C. Wahl der/des Generalsekretär/in

abgegebene Stimmen	248
ungültige Stimme	2
gültige Stimmen	246

gewählt:	Ja	Nein	Enth.
Nancy Faeser	210 (85,37 %)	29	9

D. Wahl der/des Schatzmeisterin/Schatzmeisters

abgegebene Stimmen	229
ungültige Stimme	5
gültige Stimmen	224

gewählt:	Ja	Nein	Enth.
Bertram Theilacker	216 (96,42%)	9	4

E. Wahl der 14 Beisitzer/Beisitzerinnen

abgegebene Stimmen 231

ungültige Stimme 8

gültige Stimmen 223

	Stimmen	
Dr. Bullmann, Udo (HS)	151	gewählt
Gnagl, Lisa (HS)	146	gewählt
Gremmels, Timon (HN)	173	gewählt
Dr. Haubrich, Melanie (HS)	116	gewählt
Josef, Maik (HS)	136	gewählt
Karademir, Hidir (HS)	110	gewählt
Lambrecht, Christine (HS)	121	gewählt
Müller, Bettina (HS)	125	gewählt
Roth, Michael (HN)	121	gewählt
Selbert, Susanne (HN)	160	gewählt
Siebel, Michael (HS)	117	gewählt
Dr. Spies, Thomas (HN)	176	gewählt
Sprössler, Christel (HS)	138	gewählt
Warnecke, Torsten (HN)	164	gewählt

F. Wahl der drei Revisoren/Revisorinnen

einstimmig gewählt :

Hildegard Klär

Heinrich Haupt

Rudi Sölch